

Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft: Forschungsstand und Forschungsperspektiven

I.

Die Revolutionsforschung ist in Bewegung geraten. Das zeigt sich nicht nur an der stattlichen Zahl von Neuerscheinungen, die vorzustellen sind, sondern mehr noch an der Ausweitung der Untersuchungsbereiche und an den veränderten Fragestellungen, die einen Teil der in den letzten Jahren erschienenen Revolutionsstudien bestimmen. Es zeichnet sich ein differenzierteres Revolutionsverständnis ab, das die älteren Revolutionsbilder nicht zerstört, aber doch zurechtrückt und Bereiche einbezieht, die zuvor ausgeklammert blieben. Ein einheitliches Revolutionsbild hat es nie gegeben.¹ Doch eines hatten zumindest die »repräsentativen« öffentlichkeitswirksamen Darstellungen gemeinsam, so unterschiedlich die Wertungen auch ausfielen: Fixiert auf traditionsstiftende Deutungen, isolierten sie jeweils bestimmte Bereiche des Revolutionsprozesses als entwicklungsfähigen Strang, um Identifikationen zu ermöglichen. Auf die Historiker, die in der Reichsgründung die Vollendung der Revolution mit anderen Mitteln sahen und sich deshalb von den liberalen und demokratischen Strömungen der Revolutionsjahre distanzierten, trifft dies ebenso zu wie auf jene, die von einem Aufgeben der »Ideale von 1848« sprechen und dann Entwicklungslinien nach Weimar und schließlich bis zur Gründung der Bundesrepublik bzw. der DDR ziehen. Der »Streit um das Erbe«² war und ist also stets ein Streit um ein partielles Erbe, das sich je nach politischem Standort anders ausnimmt. Beendet ist dieser Streit nicht, doch er hat sich verengt und auch entzerrt. Verengt hat sich der Kreis der »Traditionsbildner«. Es sind heute vornehmlich Historiker der demokratischen und der proletarischen Bewegungen, die die Revolution als historisches Lehrstück und zugleich als Experimentierfeld für spätere Entwicklungen begreifen,³ während liberale Traditionsbildungsversuche angesichts der neueren kritischen Liberalismusstudien

1 Franzjörg Baumgart, *Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1976.

2 Günter Wollstein, 1848 — Streit um das Erbe, in: *Neue Politische Literatur* 20, 1975, S. 491 ff.; 21, 1976, S. 89 ff.

3 Als Beispiele aus der neuesten Literatur: Wolfgang Häusler, *Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848*, Verlag Jugend und Volk, Wien/München 1979, 560 S. (85 DM), S. 20 u.ö.; Armin M. Kuhnigk, *Die 1848er Revolution in der Provinz. Am Beispiel des Kreises Limburg-Weilburg*, 2., erg. Aufl., Camberger Verlag Ulrich Lange, Camberg 1980, 176 S., geb., 29,80 DM; sehr ausgeprägt ist die Auffassung, »zentrale Aufgabe kritischer Geschichtsschreibung« sei »das Aufspüren des Unterschlagenen und die Reflexion des Verdrängten« (S. 7) bei Walter Grab, *Ein Mann der Marx Ideen gab. Wilhelm Schulz. Weggefährte Georg Büchners. Demokrat der Paulskirche. Eine politische Biographie*, Düsseldorf 1979. Dies gilt auch für seine zahlreichen Jakobinerstudien. Stellvertretend für die Erbe-Diskussion in der DDR-Forschung sei genannt: Helmut Bleiber, *Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49 in Deutschland in der bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD*, in: *Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789—1871*, hrsg. von dems., unter Mitwirkung von Gunther Hildebrandt und Rolf Weber, Berlin [DDR] 1977, S.

spärlich sind.⁴ In konservativen Traditionsstiftungen tauchte die Revolution ohnehin nur als Störfaktor und als »tolles Jahr« auf — eine Charakterisierung, die in neueren Studien nicht mehr als analytischer Begriff, sondern allenfalls als bloße sprachliche Arabeske vorkommt.⁵ Und entzerrt hat sich die Diskussion um den erhabenen Teil der Revolution, weil die unverkennbare Tendenz zugunsten einer verstärkten Hochschätzung historistischer Grundeinsichten die »Lust an der Ermordung der Großväter« (Thomas Nipperdey) ebenso gedämpft hat wie die Bereitschaft, die verschonten Großväter zu beerben. Daß diese Tendenz durch die verschiedenen politischen und wissenschaftstheoretischen Richtungen hindurchläuft, ist offenkundig. Ich verweise auf so unterschiedlich orientierte Historiker wie Thomas Nipperdey, der vor einer Geschichtswissenschaft warnt, die vornehmlich »Nachgeschichte« schreibe und dabei die Entwicklungsmöglichkeiten verschütte, oder Dieter Groh, der im Anschluß an den Anglomaxisten Edward P. Thompson »teilnehmendes Beschreiben« fordert, um die »Beurteilung der Handelnden von einem ihnen selbst äußerlich bleibenden, parteiischen Standpunkt« aus zu vermeiden; keine »Mediatisierung« der Vergangenheit, indem diese zum bloßen Vorläufer von späterem erklärt wird, ist auch die zentrale Forderung, die David Blackbourn und Geoff Eley jüngst erhoben.⁶ In der Protestforschung hat diese Bereitschaft, sich auf das Verhalten von Menschen in ihrer je eigenen Zeit einzulassen, zweifellos zu aufschlußreichen Ergebnissen geführt,⁷ wenngleich auch eine Tendenz vorhanden ist, sich die Möglichkeit zu entwicklungsorientierten Längsschnittanalysen zu verbauen, indem nach der Maxime »Jeder Protest ist unmittelbar zu Gott« verfahren wird.⁸

193 ff. (dort aus DDR-marxistischer Sicht eine Beurteilung der Anregung des Bundespräsidenten Gustav Heinemann, demokratische Traditionen in der deutschen Geschichte zu erhellen); sowie die Vorworte und die Beiträge von *Walter Schmidt* in: *Die großpreussisch-militaristische Reichsgründung 1871*, Bd. 1, hrsg. von *Horst Bartel* und *Ernst Engelberg*, Berlin [DDR] 1971, und: *Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49 in Deutschland*, Bd. 1 (= Jahrbuch für Geschichte, Bd. 7), hrsg. von *Horst Bartel* u.a., Berlin [DDR] 1972; weitere Literatur in: *ZfG*, Sonderband 1980, S. 166—168.

4 Zur Liberalismuskritik s.u. S. 477 ff.; ein neuerer Traditionsbildungsversuch: *W. Dorn* und *H. Hofmann* (Hrsg.), *Geschichte des deutschen Liberalismus*, Bonn 1978.

5 So bei *Michael Stürmer*, 1848 in der deutschen Geschichte, in: *Sozialgeschichte heute*. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, hrsg. von *Hans-Ulrich Wehler*, Göttingen 1974, S. 228 ff., S. 233, 240; und in *Jürgen Reuleckes* Nachwort in: *Hermann Herberts*, *Alles ist Kirche und Handel ... Wirtschaft und Gesellschaft des Wuppertals im Vormärz und in der Revolution 1848/49*, Neustadt/Aisch 1980, S. 253; ernst gemeint ist diese Bezeichnung wohl bei *Hans-Joachim Schoeps*, *Preußen. Geschichte eines Staates*, Frankfurt/Berlin/Wien 1975 (¹1966), S. 198 ff. Zur Verschwörertheorie, die mit konservativen Deutungen oft verbunden war, vgl. *Häusler* (Anm. 3), S. 159 f. und vor allem *Baumgart* (Anm. 1), S. 22 ff., 130 ff. Die konservativen Strömungen der Revolutionsjahre sind in der neueren Forschung bislang zu wenig untersucht worden; vgl. dazu zuletzt *Lothar Gall*, *Bismarck. Der weiße Revolutionär*, Frankfurt/Berlin/Wien 1980, S. 66 ff.; angekündigt ist für 1981 *J. Hoffmann*, *Das Ministerium Camphausen-Hanseman. Zur Politik der preussischen Bourgeoisie in der Revolution 1848/49*, Berlin [DDR].

6 Vgl. insbesondere *Thomas Nipperdey*, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, in: *HZ* 277, 1978, S. 86 ff.; Einleitung *Dieter Grohs* in: *Edward P. Thompson*, *Plebeische Kultur und moralische Ökonomie*, Frankfurt/Berlin/Wien 1980, Zitate S. 16; zu *Blackbourn* und *Eley* vgl. meine Besprechung in diesem Band, S. 527—532.

7 Vgl. zuletzt *Andreas Griefinger*, *Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert*, Frankfurt/Berlin/Wien 1981; *Hans-Gerd Husung*, *Eisenbahnarbeiter im Vormärz: Arbeitsformen und Konfliktmuster*, in: *Arbeiter in Deutschland. Studien zur Lebensweise der Arbeiterschaft im Zeitalter der Industrialisierung*, hrsg. von *Dieter Langewiesche* und *Klaus Schönhoven*, Paderborn 1981, S. 209 ff.; für den Vormärz liegen zudem umfangreiche, aber noch nicht publizierte Studien von *Heinrich Volkmann*, *Husung* und *Rainer Wirtz* vor.

8 Ein m.E. abschreckendes Beispiel bieten *Martin Henkel/Rolf Taubert*, *Maschinenstürmer*. Ein Ka-

Die erwähnte Neuorientierung übergreift nicht nur Richtungen innerhalb der Geschichtswissenschaft, sondern auch die Grenzen in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Erkennbar ist dies an den zahlreichen Arbeiten zur Alltagsgeschichte⁹ und an dem auf dem 20. Deutschen Soziologentag deutlich gewordenen Trend von der Systemanalyse hin zur Lebensweltforschung. In beiden Disziplinen ist das verbunden mit einer verstärkten Aufmerksamkeit für Ergebnisse und Zugangsweisen der Volkskunde — einem Fach, das das »Ernstnehmen alltäglicher Lebensäußerungen« nie völlig verlernt hatte.¹⁰

Für die Revolutionsforschung hat diese Hinwendung zur Lebensweltanalyse, die keineswegs die Erforschung von Entwicklungslinien ausschließt, vorschnellen Kontinuitätskonstruktionen aber vorbeugt, eine perspektivenreiche Ausweitung des Untersuchungsfeldes eröffnet, indem lebensweltliche Erfahrungen in Vorgängen erhellt werden, die zuvor bestenfalls als pittoreske, »unzeitgemäße« Begleiterscheinungen der Revolution registriert worden waren (wie z. B. die vielen »Katzenmusiken« der Revolutionsjahre). Obwohl dazu erst wenig vorliegt, wird diese Literatur im folgenden relativ ausführlich vorgestellt werden, ohne jedoch Studien, die anderen Ansätzen verpflichtet sind, an den Rand zu drängen. Denn erst die Zusammenschau der erfreulich verschiedenartigen Zugangsweisen in der neueren Revolutionsforschung läßt ein differenziertes Revolutionsbild entstehen. Deutlich wird jedoch auch, daß es *die* deutsche Revolution von 1848/49, die in den Handbüchern und Überblicksdarstellungen so oft konstruiert wurde, nicht gibt. Angesichts der »Vielfalt der Bewegungen im Jahr 1848, der vielen und unterschiedlichen Spannungen im Konfliktfeld der Revolution und der damit verbundenen verschiedenartigen Motivationen der Beteiligten, können umfassende Erklärungsansätze immer nur *Teilaspekte* treffen. [...] Und es ist auch nicht ausschließlich auf eine politisch verblendete Historiographie zurückzuführen, daß 1848 sich bisher verschiedene Deutungen gefallen lassen mußte, es liegt zu einem großen Teil am Gegenstand selbst.«¹¹ Um der Vielfalt möglicher Perspektiven möglichst nahe zu kommen, wird im folgenden der Revolutionsprozeß, so wie er sich in der neuesten Literatur darstellt, auf drei Ebenen untersucht: Erstens das Geschehen auf der nationalen Ebene, die in den Nationalversammlungen in Frankfurt und Berlin sowie im österreichischen Reichstag in Wien ihre parlamentarischen Brennpunkte besaß (Abschnitt II); zweitens die Ebene der organisierten außerparlamentarischen Bewegungen, zu denen sich Gruppierungen zusammenschlossen, die sich

pitel aus der Sozialgeschichte des technischen Fortschritts, Frankfurt 1979. Daß die in den Anm. 6 und 7 genannten Historiker die Analyse von Entwicklungstrends keineswegs ausschließen, sei nachdrücklich betont. Vgl. etwa *Thomas Nipperdey*, Probleme der Modernisierung in Deutschland, in: *Saeculum* 30, 1979, S. 292 ff.; *Dieter Grob/Rolf-Peter Sieferle*, Experience of Nature in Bourgeois Society and Economic Theory, in: *Social research* 47, 1980, H. 3; *Heinrich Volkmann*, Soziale Innovation und Systemstabilität am Beispiel der Krise von 1830—1832 in Deutschland, in: *Soziale Innovation und sozialer Konflikt*, hrsg. von *Otto Neuloh*, Göttingen 1977, S. 41 ff.

9 Raschen Zugang zur neuesten Literatur ermöglicht *Lutz Niethammer*, Anmerkungen zur Alltagsgeschichte, in: *Geschichtsdidaktik* 5, 1980, S. 231 ff.

10 Das Zitat von dem Tübinger Volkskundler *Utz Jeggle* entstammt einem Interview in: *Ästhetik und Kommunikation* 11, 1980, H. 42, S. 101. Dieses Heft bietet einen guten Beleg für die Faszination, mit der zur Zeit Soziologen die Volkskunde betrachten. Auch *Edward P. Thompson*, der wohl einflußreichste »Ziehvater« der neuesten deutschen Protestforschung, hat die Bedeutung anthropologischer Forschungen stark betont.

11 *Rainer Wirtz*, Zur Logik plebejischer und bürgerlicher Aufstandsbewegungen — Die gescheiterte Revolution von 1848, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium* 8, 1979, S. 83 ff.; Zitat S. 86. Die Vielfalt der Probleme und Handlungsebenen würdigt auch *Karl-Georg Faber*, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Restauration und Revolution von 1815 bis 1851 (= *Handbuch der Deutschen Geschichte*, Band 3/I, 2. Teil), Wiesbaden 1979, Kap. V, S. 280 ff. vor allem.

aus unterschiedlichen Sozialkreisen rekrutierten, unterschiedliche politische, soziale, ökonomische und religiöse Zielsetzungen verfochten und auch unterschiedliche Organisations- und Artikulationsformen entwickelten (Abschnitte III—VI); und schließlich drittens eine quellenmäßig schwer greifbare, wenig organisierte, lokal verankerte Bewegung literarisch meist stummer Bevölkerungsgruppen, deren Motivationen sich am ehesten aus den Handlungsabläufen, seltener hingegen aus schriftlich fixierten Forderungskatalogen erschließen lassen (Abschnitt VII). Die vorzustellenden Untersuchungen zur vormärzlichen Gesellschaft werden jeweils diesen Bereichen zugeordnet.

II.

Während in der älteren Forschung die nationalpolitischen Zielsetzungen — der Streit also um die Grenzen des künftigen deutschen Nationalstaats, die Problematik der ethnischen Minderheiten in den nationalen Gemengelagen und die Abgrenzung der territorialen Ansprüche der konkurrierenden nationalen Bewegungen im Gebiet des Deutschen Bundes — stets einen Schwerpunkt gebildet hatten, rücken diese Bereiche in den neueren Studien meist in den Hintergrund. Sie werden zwar nicht ausgeklammert, sondern mehr auf ihre innenpolitischen Wirkungen hin befragt; doch ihre Bedeutung für den Verlauf und für das Scheitern wird in der Regel erheblich geringer eingeschätzt, als dies in den älteren Arbeiten der Fall war.¹² In der Akzentverlagerung von den nationalpolitischen auf die innenpolitischen Problemfelder der Revolution äußert sich das verstärkte Interesse der Geschichtswissenschaft an gesellschaftlichen Problemen, die Deutschlands Weg zum modernen Industriestaat belasteten. Diesem Trend steuern *Günter Wollstein*¹³ und *Hans-Georg Kraume*¹⁴ entgegen, indem sie sich den nationalpolitischen Konzeptionen zuwenden, deren Analyse in der neueren Forschung in der Tat vernachlässigt worden ist. Die konkreten Aktionen und Zielsetzungen der verschiedenen nationalen Bewegungen in Europa, mit denen sich die deutsche Nationalbewegung 1848/49 konfrontiert sah, skizziert Wollstein auf der Grundlage der vorliegenden Spezialliteratur nur kurz.¹⁵ Im Mittelpunkt seines Buches, mit dem seit längerem erstmals wieder eine umfassende Analyse aller nationalpolitischen Problemfelder der Revolutionsjahre (Schleswig, Posen, Böhmen, Oberitalien, Limburg, Österreich, deutsche Flotte) versucht wird, steht vielmehr die genaue Nachzeichnung der Diskussionen in der Frankfurter Nationalversammlung. Als gemeinsames Charakteristikum aller Bereiche hebt er die radikale Abkehr von der emotionalen Hoffnung auf einen »Völkerfrühling« hervor, den man von der Gründung eines freiheitlichen deutschen Nationalstaats ursprünglich erwartet hatte. Vor al-

12 Dieser Wandel läßt sich auch bei einem Vergleich der bekannten Handbücher zur deutschen Geschichte mit dem Band von *Faber* (Anm. 11) abschätzen, der eine differenzierte Würdigung des Einflusses der internationalen Politik auf die mitteleuropäischen Revolutionen gibt (S. 279 f.). Vgl. auch die Literaturangaben bei *Dieter Langewiesche*, Republik, konstitutionelle Monarchie und »soziale Frage«. Grundprobleme der deutschen Revolution von 1848/49, in: HZ 230, 1980, S. 529 ff.; hier: S. 530 f.

13 *Günter Wollstein*, Das »Großdeutschland« der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Droste Verlag, Düsseldorf 1977, 386 S., Pb., 58 DM. Eine Zusammenfassung und Weiterführung seiner Ergebnisse bietet *Wollsteins* Beitrag in: Die deutsche Revolution 1848/49 (= Wege der Forschung, Bd. 164), hrsg. von *Dieter Langewiesche*, Darmstadt 1981 oder Anfang 1982.

14 *Hans-Georg Kraume*, Außenpolitik 1848. Die holländische Provinz Limburg in der deutschen Revolution, Droste Verlag, Düsseldorf 1979, 298 S., Linson, 39 DM; eine Freiburger Diss., die wie *Wollsteins* Kölner Habilitationsschrift von *Andreas Hillgruber* angeregt wurde.

15 Eine gute Bibliographie zu den europäischen Revolutionen und den nationalen Bewegungen in den Revolutionsjahren enthält der von *Horst Stuke* und *Wilfried Forstmann* herausgegebene Band: Die europäischen Revolutionen von 1848, Königstein 1979.

lem in der Posen-Debatte¹⁶ erblickt Wollstein einen »Durchbruch zu realpolitischem Denken und zu einer aufkeimenden Ideologie der Realpolitik« (S. 169), übersteigert aber bis zu »Gedanken an eine Ausrottung oder Vernichtung von Volksteilen oder Völkern« (S. 313). Die deutsche Nationalbewegung stand 1848/49 in Gefahr, »in ihrem Streben nach einer Wende von der ›Schmach‹ zur ›Ehre‹ von einem Extrem ins andere zu fallen« (S. 334) und in dem erstrebten Nationalstaat einen überlegenen Mittelpunkt zu sehen, auf den hin sich alle anderen europäischen Nationen orientieren würden. Auch Gagerns Plan eines Doppelbundes gehörte zu den ausgreifenden machtpolitischen Konzeptionen, die auf einem »germanischen« Überlegenheitsgefühl beruhten. Diese Sehnsucht nach einem mächtigen Deutschland, die dazu geführt habe, daß 1848/49 ein realisierbarer Mittelweg verfehlt worden sei, hält Wollstein für die wohl entscheidende Ursache für das Scheitern der Frankfurter Paulskirche.¹⁷

Welch große Interpretationsräume auch eine detaillierte Analyse der nationalpolitischen Diskussionen offenläßt, lehrt der Vergleich von Wollsteins Untersuchung mit der Studie Kraumes, der bei aller Übereinstimmung mit Wollstein in weiten Bereichen doch zu einer anders akzentuierten Einschätzung des Gewichts nationalpolitischer Probleme für den Verlauf der deutschen Revolution kommt.

Wenngleich die von Kraume untersuchte Limburg-Frage¹⁸ in den innenpolitischen Auseinandersetzungen und auch in der europäischen Diplomatie der Revolutionszeit nur ein Problem minderen Ranges war, über das zwar gesprochen wurde, aber keine Entscheidungen erzwungen wurden, kam diesen Diskussionen dennoch eine symptomatische Bedeutung zu. Denn am Beispiel Limburgs konnten die Nationalversammlungsabgeordneten alle Lösungsmöglichkeiten spekulativ erörtern, die in den weitaus bedeutenderen nationalpolitischen Problemfeldern Schleswig und Österreich auf machtpolitische Grenzen stießen. In der Limburg-Frage nahm die Paulskirche bereits im Juli 1848 nahezu einstimmig eine Haltung ein, die als eine Art Stellvertretungsbeschluß gegenüber Schleswig und Österreich wirken konnte: Die bisherige Vereinigung des Herzogtums Limburg mit dem Königreich Niederlande unter einer Verfassung und Verwaltung sei unvereinbar mit der Bundesverfassung, und alle Bestimmungen der künftigen Reichsverfassung seien auch für Limburg gültig. Damit wurde »der unbedingte Primat der Nationalversammlung gegenüber den Einzelstaaten, sowie die Unantastbarkeit des nationalpolitischen Programms« (Kraume, S. 82) auf einem Nebenschauplatz von allen Fraktionen postuliert. Beachtenswert ist auch, daß bereits die Limburg-Debatten die auch von Wollstein hervorgehobenen ausgreifenden nationalen Hoffnungen enthüllten, in denen sich »sprachnationales, ›völkisches‹ und wirtschaftspolitisches Denken mit der Tradition des Hl. Römischen Reiches verband« (Kraume, S. 103). In diesen Großmachtvisionen wurden — in unterschiedlichen Formen — auch die Niederlande, Belgien und die Schweiz in das Einzugsfeld des künftigen deutschen Nationalstaats vereinnahmt.

In seiner Schlußbetrachtung, die auch dann lesenswert ist, wenn man an einer Erörterung des Spezialproblems Limburg nicht interessiert ist, diskutiert Kraume Grundprobleme der deut-

¹⁶ Vgl. vor allem *Karl-Georg Faber*, Nationalität und Geschichte in der Frankfurter Nationalversammlung, in: *Ideen und Strukturen der deutschen Revolution 1848*, hrsg. von *Wolfgang Klötzer*, *Rüdiger Moldenhauer* und *Dieter Rebentisch* (= *Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst*, H. 54), Frankfurt 1974, S. 103 ff.

¹⁷ Ähnlich *Andreas Hillgruber*, *Bismarcks Außenpolitik*, Freiburg 1972, S. 11 ff.

¹⁸ *Kraume* arbeitet zunächst die unklare staats- und völkerrechtliche Position Limburgs heraus, das schon Zeitgenossen der Revolution als ein »politisches Monstrum« charakterisierten: einerseits als Herzogtum Teil des Deutschen Bundes, zugleich aber niederländische Provinz mit weisungsgebundener Provinzialverwaltung, die Limburg wie einen Teil der Niederlande verwaltete, ohne Bundesrecht zu beachten. Die separatistische Bewegung Limburgs, die bis zur Revolution vornehmlich antiniederländisch gewesen war, erhielt erst durch die Wahlen zur Paulskirche eine prodeutsche Tendenz. Limburg verblieb dann bis 1867 im Deutschen Bund.

schen Revolution. Er schließt sich der von Rudolf Stadelmann, W. E. Mosse, A. J. P. Taylor¹⁹ u. a. vertretenen Auffassung an, daß die Revolution nicht an einem »apriorischen Widerstand der Mächte gegen eine deutsche Einheit« (S. 223) gescheitert ist, und die Frage, ob die kleindeutsche Lösung ohne Krieg außenpolitisch realisierbar gewesen wäre, läßt er offen. Anders als Wollstein und in ausdrücklicher Abgrenzung zu Thomas Nipperdey, zu Frank Eyck²⁰ und zu anderen Autoren betont Kraume, daß weder eine »Verurteilung« der kompromißbereiten Politik der liberalen Mehrheit noch der »Alles-oder-Nichts-Haltung in der Malmö-Abstimmung« durch die Linke der historischen Realität gerecht werde. Die nationalpolitische Haltung der Linken, die auch in der neuesten Literatur noch kontrovers beurteilt wird,²¹ habe zwar die machtpolitischen Verhältnisse verfehlt, die innere Situation Deutschlands jedoch zutreffend eingeschätzt. Denn die Anerkennung der von den europäischen Großmächten erzwungenen Absage an die nationalen Ansprüche auf Schleswig habe der innenpolitischen Vereinbarungsstrategie der Liberalen den Boden entzogen. Die Nationalversammlung und die deutsche Zentralgewalt waren nur so lange ernsthafte Verhandlungspartner für Preußen und Österreich, als mit der Fortsetzung der Revolution gedroht werden konnte, da das Zentralparlament keine nationale Armee aufgebaut hatte — dies gelang nur der ungarischen Revolution — und die geplante Vereidigung der einzelstaatlichen Armeen auf den Reichsverweser an der Ablehnung Preußens und Österreichs scheiterte. Die Option auf eine Fortsetzung der Revolution wollte die Linke offenhalten, was in der Schleswig-Frage an den machtpolitischen Rivalitäten der europäischen Politik der Revolutionsjahre scheiterte, während die Liberalen diese Realitäten schließlich akzeptierten, damit aber innenpolitisch als Machtfaktor letztlich das Feld räumten. Kurz: Die Ohnmacht der Nationalversammlung in der Innen- wie in der Außenpolitik wurde im deutsch-dänischen Konflikt um Schleswig und Holstein, der zugleich ein europäischer Konflikt geworden war, enthüllt. Die Ergebnisse der Studien von Wollstein und Kraume sind auch für die Kontroversen um verfehlte Weichenstellungen in der deutschen Geschichte von Bedeutung, denn es gehört zu den Topoi der Diskussion um den deutschen »Sonderweg«, das Scheitern der Revolution von 1848/49 zu den verhängnisvollen »Wendepunkten ohne Wende« zu zählen.²² Die außenpolitischen Zielvorstellungen lassen jedoch »an der Vorstellung einer friedlicheren und

19 Rudolf Stadelmann, *Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848*, München 1948; W. E. Mosse, *The European Powers and the German Question 1848—71*, Cambridge 1958; A. J. P. Taylor, *The Struggle for Mastery in Europe 1848—1918*, Oxford 1954 u.ö.

20 Thomas Nipperdey, *Kritik oder Objektivität? Zur Beurteilung der Revolution von 1848*, in: *Ideen und Strukturen* (Anm. 16), S. 143 ff.; Frank Eyck, *Deutschlands große Hoffnung. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49*, München 1973.

21 Wollstein spricht mit Blick auf »linke« und »rechte« Hegelianer von einer stark eingeschränkten »Bereitschaft zur Mäßigung und Toleranz« (S. 329); Rainer Koch, *Demokratie und Staat bei Julius Fröbel 1805—1893. Liberales Denken zwischen Naturrecht und Sozialdarwinismus* (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Bd. 64), Steiner Verlag, Wiesbaden 1978, 298 S., Ln., 72 DM, erklärt: »Zumindest aber wird man die These der nationalistischen und militaristischen Linken, wie sie etwa auch von Wilhelm Mommsen vertreten wurde, in das Reich der Phantasie weisen müssen« (S. 171). Ähnlich wie Kraume und Koch hebt auch Grab (Anm. 2), S. 299 ff., die innenpolitische Funktion der nationalpolitischen Haltung hervor. In der Endphase der Revolution konstatiert er aber bei Wilhelm Schulz, der dem »Württembergischer Hof« angehörte, eine »rassistische Klangfärbung« (S. 312).

22 Zu diesem Wortspiel vgl. Stürmer (Anm. 5), S. 240, auch schon bei Hans Rothfels, 1848. Betrachtungen im Abstand von hundert Jahren, Darmstadt 1972 (engl. Original 1948), S. 1; s. auch den Band: *Wendepunkte deutscher Geschichte 1848—1945*, hrsg. von Carola Stern und Heinrich A. Winkler, Frankfurt 1979, wo Wolfgang Schieder (1848/49: Die ungewollte Revolution, S. 13 ff.) eine differenzierte Beurteilung gibt, mit der er die Offenheit der weiteren Entwicklung hervorhebt.

harmonischeren Entwicklung eines 1848 gegründeten Deutschen Reiches zweifeln« (Kraume, S. 231). Eine wichtige Tatsache scheint mir in diesem Fazit jedoch ausgeblendet zu sein: Trotz aller ambitionierten Hoffnungen, die auf eine deutsche Hegemonie in Europa zielten und ohne Krieg nicht erfüllbar gewesen wären, zeigte sich die Nationalversammlung schließlich mehrheitlich zur kleindeutschen Variante der nationalstaatlichen Konzeptionen bereit, die das außen- und innenpolitische Konfliktpotential so weit wie möglich begrenzt hätte — weiter auf jeden Fall als der von der österreichischen Regierung propagierte Mitteleuropaplan, der die europäischen Machtverhältnisse umgestürzt hätte. Rhetorik und Praxis sollten also nicht gleichgesetzt werden. Die deutsche Nationalversammlung schwelgte in den Debatten zwar in imperialen Träumen von erschreckenden Dimensionen, doch ihre Beschlüsse blieben realitätsbezogen und gemäßigt.

Die Analysen der nationalpolitischen Diskussionen in der Paulskirche durch Wollstein und Kraume verdeutlichen eine von den beiden Autoren nicht wahrgenommene Gemeinsamkeit mit den Verfassern innenpolitisch orientierter Studien — eine Gemeinsamkeit, die als wichtiges Ergebnis der neueren Revolutionsforschung festgehalten werden sollte: Die tiefen Gräben, die innerhalb der revolutionären Bewegung Deutschlands zwischen den verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Richtungen verliefen, waren nicht vorrangig nationalpolitisch bestimmt. Denn auch Wollstein, der sich besonders entschieden von den vorherrschenden Sichtweisen abgrenzt,²³ konstatiert, daß »die sich wiederholenden Appelle zum gemeinsamen Handeln in Fragen der Nation [...] gewisse Erfolgchancen« besaßen. Und darüber hinaus vertritt er sogar die Auffassung, daß die »parteilpolitischen Differenzen bezüglich des angestrebten Gebietsumfangs von Deutschland [...] nicht erheblich« (S. 326) gewesen seien. Wenn es gleichwohl zu der scharfen, parteipolitisch verfestigten Konfrontation zwischen den Trägergruppen der deutschen Revolution kam, so muß das also andere Ursachen gehabt haben als unterschiedliche nationalpolitische Konzeptionen.

Bevor diese Ursachen, die sich im außerparlamentarischen Bereich am deutlichsten aufzeigen lassen, diskutiert werden, sollen zunächst Studien vorgestellt werden, die sich mit den Arbeitsformen sowie den innenpolitischen Zielsetzungen und Konfliktlinien auf der parlamentarischen Ebene beschäftigen. Dieser Bereich ist bislang recht ungleichgewichtig erforscht. Während über die Frankfurter Nationalversammlung in den letzten Jahren eine Reihe von wichtigen Arbeiten erschienen ist, steht für die meisten einzelstaatlichen Parlamente der Revolutionsjahre eine ähnlich intensive Erforschung noch aus. Grundlegend für den gesamten parlamentarischen Komplex auf nationaler und auf einzelstaatlicher Ebene ist jetzt die umfangreiche Münsteraner Habilitationsschrift von *Manfred Botzenhart*,²⁴ mit der die

23 Wollstein schreibt den nicht sehr zahlreichen neueren Studien, die einen Gesamtüberblick zu geben versuchen, die Fortsetzung einer »seit 1948 vorherrschenden wohlwollend-harmonisierenden Sicht« (S. 14) der nationalpolitischen Probleme zu, während er auf der anderen Seite eine »in der Art von Bilderstürmern« (S. 15) vorgetragene Kritik an der liberal-konstitutionellen Politik wahrnimmt. Beide Thesen scheinen mir dem Forschungsstand nicht angemessen zu sein. Die »Bilderstürmer« benennt er gar nicht, sondern verweist statt dessen auf *Thomas Nipperdeys* (Anm. 20) proliberale Antikritik, die auch auf die Nennung von Autoren verzichtet. Als wohlwollende Harmonisierer bzw. als Autoren, die diese Sicht nicht »grundlegend« in Frage stellten, führt er neben dem DDR-Historiker *Walter Schmidt* (Anm. 3) noch *Erich Angermann* (Die deutsche Frage 1806 bis 1866, in: Reichsgründung 1870/71, hrsg. von *Theodor Schieder* und *Ernst Deuerlein*, Stuttgart 1970, S. 8 ff.) und *Lothar Gall* an (Die »deutsche Frage« im 19. Jahrhundert, in: 1871 — Fragen an die deutsche Geschichte, Berlin o.J., S. 19 ff.).

24 *Manfred Botzenhart*, Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848—1850 (= Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus und der politischen Parteien, hrsg. von *Gerhard A. Ritter*), Droste Verlag, Düsseldorf 1977, 886 S., Ln., 160 DM. Für die künftigen Bände der Handbuchreihe erscheint es mir überlegenswert, ob nicht stärker als bei dieser ersten Veröffentlichung ein Kompromiß zwischen Nachschlagewerk und Monographie angestrebt werden soll-

Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien eine Handbuchreihe eröffnet, die auf etwa 16 Bände veranschlagt ist und den Zeitraum zwischen dem Anfang des 19. Jahrhunderts und der Gegenwart umfassen wird. Diese erste Veröffentlichung bildet in der Chronologie des Handbuchprojekts zwar nicht den zeitlichen Auftakt der Gesamtreihe, legt aber gleichwohl Grundlagen für alle folgenden Bände, da in den Revolutionsjahren 1848/49 in Deutschland erstmals die Spielregeln des parlamentarischen Regierungssystems praktiziert wurden.

Nach einem knappen, aber informativen Überblick über die Entwicklung im Vormärz untersucht Botzenhart detailliert Entstehung, Arbeitsweise und Arbeitsergebnisse der Frankfurter Nationalversammlung sowie der parlamentarischen Körperschaften der wichtigsten deutschen Staaten, ergänzt durch einen kursorischen Überblick über die Entwicklungslinien in den Kleinstaaten. Relativ knapp werden die gescheiterten Parlamentarisierungsversuche der ausgehenden Revolutionszeit behandelt. Die Vorgänge in Österreich hat der Autor nur kurz angedeutet, da hierfür ein eigener Band in der Handbuchreihe vorgesehen ist. Die Bibliographie bietet den besten Überblick über die Revolutionsliteratur, der zur Zeit greifbar ist.

Botzenharts Studie, die hier nur in Teilaspekten gewürdigt werden kann, läßt keinen Zweifel daran zu, daß in den Revolutionsjahren auf nationaler Ebene und in den Einzelstaaten Grundprinzipien des Parlamentarismus verwirklicht wurden: Regierung und Mehrheit der Abgeordneten in den Volksvertretungen stimmten in den Grundfragen der Politik überein, zu Ministern wurden Männer ernannt, die das politische Vertrauen der Abgeordnetenmehrheit besaßen, und z. T. wurden die Ressorts aufgrund intensiver Beratungen innerhalb der Mehrheitsfraktionen besetzt. Selbst die Rechte stellte das Prinzip der Mehrheitsregierung in der Regel nicht in Frage, ein Prinzip, das auch bei Regierungssturz und Regierungsneubildung eingehalten wurde. Obgleich diese Prinzipien parlamentarischer Regierungsweise nicht zum bekannten Katalog der Märzforderungen zählten, setzte sich doch bereits im März 1848 überall die Überzeugung durch, daß künftig jede Regierung sich auf die Mehrheit der Volksvertretung stützen und der Verlust dieser Unterstützung zum Rücktritt der Regierung führen müsse. Die parlamentarische Regierungspraxis wurde allerdings in den Revolutionsjahren nicht zu einer allgemein akzeptierten Parlamentarismuskonzeption verarbeitet. Es entstand vielmehr ein »pragmatisch gehandhabter, improvisierter Parlamentarismus« (S. 790), der theoretisch meist unreflektiert und verfassungsrechtlich nur unzureichend abgesichert blieb. Gleichwohl formte sich in der Praxis eine Regierungsweise aus, die den Prinzipien moderner parlamentarischer Systeme voll entsprach.

Dieses auf breiter Quellen- und Literaturgrundlage abgesicherte Untersuchungsergebnis birgt zwar keine Überraschungen, sondern bestätigt Deutungen, die ein Teil der bisherigen Forschung und vor allem die Zeitgenossen der Revolution ebenfalls vertreten haben.²⁵ Andererseits hielten sich jedoch selbst in neuesten Darstellungen gravierende Fehltritte, die nun durch Botzenharts Werk endgültig als widerlegt gelten können. So hatte etwa noch jüngst Hans Fenske in seiner Parteiengeschichte, die ein Rezensent als »standardwerk-verdächtig« klassifizierte,²⁶ die Auffassung vertreten, daß unter den deutschen Liberalen nur »Außensei-

te. Denn trotz des Personen- und Sachregisters ist es nicht leicht, sich zu einzelnen Sachfragen gezielt zu informieren. Abhilfe könnte ein Anhang bringen, mit dem Angaben etwa zum Wahlrecht, Wahlergebnisse, Abgeordnetenzahlen, Fraktions- und Parteigliederungen sowie deren Sozialstruktur, Verfassungsänderungen, Regierungsbildungen u.ä. in übersichtlicher Form präsentiert würden.

25 Einen knappen Überblick, in dem diese Literatur zusammengestellt ist, bietet *Dieter Langewiesche*, *Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4, 1978, S. 324 ff.; vgl. jetzt auch die begriffsgeschichtliche Skizze von *Hans Boldt*, *Parlamentarismustheorie. Bemerkungen zu ihrer Geschichte in Deutschland*, in: *Der Staat* 19, 1980, S. 385 ff.

26 *Bernd Rudolph*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 15, 1974, S. 145; *Hans Fenske*, *Wahlrecht und Parteiensystem. Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte*, Frankfurt 1972; hier zitiert nach

ter« wie Zachariä und Robert von Mohl das parlamentarische Prinzip verfochten hätten und 1848/49 der »Boden des konstitutionellen Dualismus« nicht verlassen worden sei. Die ausgeprägte verfassungstypologische Fixierung eines Teils der Forschung auf den vermeintlichen prinzipiellen Gegensatz zwischen konstitutioneller Monarchie und parlamentarischer Demokratie — diese Unvereinbarkeitsthese hatte bereits Friedrich Julius Stahl massiv und einflußreich propagiert — verzerrt die Zielsetzungen deutscher Liberaler und verdeckt den praktizierten Parlamentarismus der Revolutionsjahre. Die Haltung der Liberalen zum Parlamentarismus blieb 1848/49 zwar nicht frei von Widersprüchen, doch das Ja der Liberalen zur konstitutionellen Monarchie kann nicht als Nein zum parlamentarischen Regierungssystem gedeutet werden.²⁷ In den liberalen Verfassungskonzeptionen bestand ein solcher Gegensatz nicht, und die in der Frankfurter Nationalversammlung und in den einzelstaatlichen Volksvertretungen 1848/49 bereits erreichte parlamentarische Praxis bestätigt, daß die liberalen Konzeptionen durchaus nicht unrealistisch waren.

Klärend wirkt, so ist zu hoffen, Botzenharts gewichtiges Werk auch auf die Forschung zur deutschen Parteiengeschichte, von der die Entstehung von Parteien im modernen Sinn sehr unterschiedlich datiert wird. Die große Bedeutung der Fraktionen für die parlamentarische Praxis der Frankfurter Nationalversammlung und der einzelstaatlichen Volksvertretungen hatten zwar die Zeitgenossen der Revolution oft mit Nachdruck hervorgehoben, und ein Teil der Forschung hatte diese Einschätzung bestätigt, gleichwohl hielt sich aber bis in neueste Studien die Legende vom unbeholfenen Honoratiorenparlament, das noch keine funktionsfähigen Organisationsformen entwickelt habe.²⁸ Diese Legende wird nun von Botzenhart erneut und, wie zu hoffen ist, endgültig widerlegt (S. 415 ff.). In den Revolutionsjahren, so ist festzuhalten, hatte sich in den deutschen Volksvertretungen ein Fraktionswesen herausgebildet, das all jene Funktionen wahrnahm, die auch heutige Fraktionen in parlamentarischen Regierungssystemen erfüllen sollen. Die Praxis ging allerdings auch auf diesem Gebiet der theoretischen Reflexion voraus.

Die genaue zahlenmäßige Erfassung der politischen Richtungen in den Parlamenten der Revolutionsjahre hat stets schwierige, bislang ungelöste Probleme bereitet, da eine erhebliche Zahl von Abgeordneten offiziell fraktionslos blieb, die Fraktionen der Mitte sich mehrfach spalteten und umgruppierten und zudem die Fluktuation unter den Abgeordneten groß war. Um über die bei Botzenhart (S. 161) zusammengestellten bisherigen Quantifizierungsversuche für die Paulskirchenfraktionen hinauszukommen, hat *D. J. Mattheisen*²⁹ ein von Louis

der gekürzten und überarbeiteten Taschenbuchausgabe: Strukturprobleme der deutschen Parteiengeschichte, Frankfurt 1974, Zitat S. 44.

27 So noch jüngst *Werner Boldt*, Konstitutionelle Monarchie oder parlamentarische Demokratie. Die Auseinandersetzung um die deutsche Nationalversammlung in der Revolution von 1848, in: *Historische Zeitschrift* 216, 1973, S. 553 ff.; nicht frei von Fehldeutung ist auch *Klaus von Beyme*, Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa, München 1970. Vgl. dagegen die umsichtige, knappe Analyse von *Botzenhart*, Die Parlamentarismusmodelle der deutschen Parteien 1848/49, in: *Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland*, hrsg. von *Gerhard A. Ritter*, Düsseldorf 1974, S. 121 ff.; vgl. auch die in Anm. 25 genannte Literatur sowie *Langewiesche*, Republik, Konstitutionelle Monarchie (Anm. 12).

28 Letzter Literatur- und Quellenüberblick bei *Langewiesche* (Anm. 25); die beste Quellengrundlage bietet *Werner Boldt*, Die Anfänge des deutschen Parteienwesens. Fraktionen, politische Vereine und Parteien in der Revolution von 1848, Paderborn 1971. Eine Fülle von Hinweisen jetzt auch bei *Best* (s. Anm. 75).

29 *Donald J. Mattheisen*, Liberal Constitutionalism in the Frankfurt Parliament of 1848: An Inquiry Based on Roll-Call Analysis, in: *Central European History* 1979, S. 124 ff.; sowie *ders.*, Voters and Parliaments in the German Revolution of 1848: An Analysis of the Prussian Constituent Assembly, ebda. 1972, S. 3 ff.; überarbeitet: Die Fraktionen der preußischen Nationalversammlung von 1848, in: *Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft*, hrsg. von *Konrad A. Jarausch*, Düsseldorf 1976, S. 149 ff.

Guttman entwickeltes Skalierungsverfahren angewandt, das ermöglicht, die Abgeordneten nicht nach ihren nur lückenhaft bekannten politischen Bekenntnissen, sondern nach ihrem komplett erfaßbaren Abstimmungsverhalten den einzelnen Fraktionen bzw. Fraktionsgruppen zuzuordnen. Er stellt in der Frankfurter Nationalversammlung vier große politische Gruppierungen fest, die in ihren Abstimmungen ein »Zwei-Block-System« bildeten, mit einem nach beiden Seiten hin offenen linken Centrum. Dieses Ergebnis und seine Feststellungen über die politischen Grundpositionen der Fraktionsgruppen bieten zwar keine bisher unbekannten Einsichten, präzisieren aber die vorliegende Literatur.³⁰ Sie bestätigen vor allem die entscheidende Bedeutung der Fraktionen für den parlamentarischen Entscheidungsprozeß. Künftige Studien über Gruppenbildungen und Funktionsweisen der frühen deutschen Parlamente sollten das von Mattheisen demonstrierte Untersuchungsverfahren heranziehen, um über solche »Verhaltensanalysen« Lücken in den traditionellen Quellenbeständen zu überbrücken.

Informative Tabellen über Abstimmungen der Paulskirchenabgeordneten legt auch W. Siemann vor.³¹ Er wählt einen ungewohnten Zugang zur Analyse der parlamentarischen Entscheidungen, und seine Ergebnisse enthalten einige Überraschungen. Ausgehend von dem in der Literatur oft konstatierten Übergewicht der Juristen in der Frankfurter Nationalversammlung — etwa 60 Prozent aller Abgeordneten hatten eine juristische Ausbildung —, untersucht Siemann die Bedeutung der Historischen Rechtsschule für die — in weitem Sinne verstandenen — Verfassungsverhandlungen. Er kann nachweisen, daß etwa 85 Prozent der Juristen seit 1815 an Universitäten studiert hatten, an denen die Historische Rechtsschule vorherrschte, deren Programmatik er thesenhaft in sieben »politischen Prädispositionen« zusammenfaßt: Traditionalismus, monarchisches Prinzip, Legalität, restaurative Konstruktion, antiliberale politische Alternative, Konservatismus und Rechtsreform sowie nationalpolitischer Ansatz (S. 87 ff.). In den Revolutionskapiteln belegt Siemann dann mit seiner Analyse von zwölf zentralen Abstimmungen die gruppenbildende Kraft der historisch-rechtlichen Ausbildung, denn er kann nachweisen, daß die »polaren Rechtsanschauungen« (S. 185) der historisch-rechtlichen und der »nichthistorischen« Juristen zu politischen Konfrontationen in der Nationalversammlung führten. Konkret bedeutet dies, daß die der Historischen Rechtsschule verpflichteten Abgeordneten in Problembereichen wie Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Stellung des Adels, Wirtschafts- und Sozialverfassung (Eigentumsbindung, Aufhebung der Feudallasten), institutioneller Staatsaufbau und Kompetenzen der Verfassungsorgane restriktivere Auffassungen verfochten als die naturrechtlich orientierten Juristen. Da diese in der Minderheit waren, hieß Juristendominanz in der parlamentarischen Praxis: Vorherrschaft politisch und sozial reformkonservativer Juristen. Diese zentrale Bedeutung der Juristenausbildung und der in ihr vermittelten politisch-gesellschaft-

30 Für die Berliner Nationalversammlung widerlegt er die in einigen Arbeiten vertretene Ansicht, die Versammlung habe sich durch eine besondere Radikalität ausgezeichnet. *Botzenhart* (S. 441 ff.) kommt mit den herkömmlichen Methoden zu einem analogen Ergebnis.

31 *Wolfram Siemann*, Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 zwischen demokratischem Liberalismus und konservativer Reform. Die Bedeutung der Juristendominanz in den Verfassungsverhandlungen des Paulskirchenparlaments (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Band 56), Verlag Peter Lang, Frankfurt/Bern 1976, 532 S., kart., sFr 53,—; Teilergebnisse dieser Studie bieten *Siemanns* Aufsätze: Wirtschaftsliberalismus 1848/49 zwischen Sozialverpflichtung und Konkurrenzprinzip. Zur Debatte über das »Recht auf Arbeit« in der »Paulskirche«, in: Festgabe für Walter Zeeden zum 60. Geburtstag, hrsg. von *Horst Rabe*, *Hansgeorg Molitor* und *Hans Ch. Rublack*, Münster 1976, S. 407 ff.; Parteibildung 1848/49 als »Kampf ums Recht«. Zum Problem von »Liberalismus« und »Konservatismus« in der Paulskirche, in: *Der Staat* 18, 1979, S. 199 ff.

lichen Maximen war bislang in dieser Deutlichkeit nicht bekannt.³² Siemanns wichtige Analysen besitzen einen hohen Erklärungswert, wenn man die vielen »Negationstopoi« (S. 108 f. u. ö.) angemessen verstehen will, mit denen die um Kontinuität ringende Haltung der Nationalversammlungsmehrheit umgeben war.

Die gruppenbildende Kraft der Rechtsmaximen übergriff die Fraktionsgrenzen, setzte sie jedoch nicht außer Kraft. Ihren Mittelpunkt besaßen die historisch-rechtlich fixierten Abgeordneten in der Fraktion Casino, während die Fraktionen Augsburger und Württemberger Hof die Grenzlinien zwischen »rechts« und »links« markierten. Damit bestätigt Siemann erneut, daß es der historischen Realität nicht gerecht wird, von »der« liberalen Mitte der Paulskirche zu sprechen.³³ Problematisch erscheint mir jedoch sein Versuch, von einem präzise definierten Liberalismusbegriff aus (S. 270 ff.) das rechte Centrum aus dem Feld liberaler Fraktionen auszuklammern und die Casino-Fraktion statt dessen zum Repräsentanten eines Reformkonservatismus zu erklären. Der Paulskirchenliberalismus wäre nach dieser terminologischen Umbenennung an der »konservativen Majorität« der Nationalversammlung (S. 282) gescheitert, zu der Siemann Gruppierungen rechnet, die üblicherweise zu den Liberalen gezählt werden. So anregend dieser Versuch, die Parlamentszentren politisch neu zu verorten, auch ist, so problematisch dürfte es sein, »Liberalismus« allein auf der parlamentarischen Ebene zu definieren.³⁴ Die Variationsbreite des frühen deutschen Liberalismus läßt sich nur angemessen ermitteln, wenn der außerparlamentarische Bereich einbezogen wird. Dies belegen die neueren Liberalismusstudien, auf die noch einzugehen ist, nachdrücklich.

Für die Frage nach der Handlungsfähigkeit der Frankfurter Nationalversammlung gilt es festzuhalten, daß auch Siemann die Praktikabilität der entwickelten Arbeitsformen bestätigt. Diese 1848 in kürzester Zeit erreichte parlamentarische Praxis ist als Beleg für den Realitätsinn des so oft wegen seiner vermeintlichen Weltfremdheit bespöttelten sog. »Professorenparlaments« um so höher zu bewerten, als die vormärzlichen Landtage den Abgeordneten nur sehr begrenzte Mitwirkungsmöglichkeiten geboten hatten und sich die »Idee eines notwendigen Dualismus zwischen Regierung und Volksvertretung«³⁵ erst in den letzten vorrevolutionären Jahren zugunsten einer stärker kooperativ orientierten Praxis parlamentari-

32 Für die rechtshistorische Bedeutung von Siemanns Werk vgl. die ausführliche Besprechung von Joachim Rückert, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung 96, 1979, S. 365 ff. Siemanns Arbeit sollte auch von der historischen Sozialisationsforschung beachtet werden, denn auch unter diesem Aspekt bietet es Aufschlüsse. Den hohen Wert sozialisationshistorischer Ansätze demonstriert Rainer S. Elkar, *Junges Deutschland in polemischem Zeitalter. Das schleswig-holsteinische Bildungsbürgertum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Zur Bildungsrekrutierung und politischen Sozialisation*, Düsseldorf 1979. Elkar untersucht die Herkunft des Bildungsbürgertums bis 1848, die Bedeutung des Stipendienwesens, das Universitätsleben in Kiel, und viel Neues bieten seine Ausführungen über die »Schülerkultur«; die historische Sozialisationsforschung wird ausführlich vorgestellt.

33 Er grenzt sich damit von der älteren Literatur zur Paulskirche, aber auch von Nipperdey (Anm. 20) ab, während die von ihm in seinen Abstimmungstabellen nachgewiesene Votumsgrenze bestätigt wird von Botzenhart (Anm. 24) und Langewiesche (Anm. 25).

34 Thomas Nipperdey bezeichnete diesen Versuch Siemanns sogar als »absurd« (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 3. 1977, zitiert nach Rückert, Anm. 32, S. 369). Ich halte ihn für anregend, aber überzogen. Vgl. auch das differenzierte Urteil von Rainer Koch, in: HZ 226, 1978, S. 473 f.

35 Lothar Gall, *Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung*, Wiesbaden 1968, S. 39; wichtig für diesen Komplex: ders., *Das Problem der parlamentarischen Opposition im deutschen Frühliberalismus*, in: *Die deutschen Parteien vor 1918*, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Köln 1973, S. 192 ff.; Hartwig Brandt, *Landständische Repräsentation im deutschen Vormärz*, Neuwied/Berlin 1968; ders., *Gesellschaft, Parlament, Regierung in Württemberg 1830—1840*, in: *Gesellschaft, Parlament und Regierung* (Anm. 27), S. 101 ff.

scher Opposition aufzulockern begonnen hatte. Wie eng der politische Gestaltungsraum der vormärzlichen Landtage trotz aller Auflockerungstendenzen blieb, belegt nun erneut P. M. Ehrle,³⁶ der von einem »Scheinkonstitutionalismus« (S. 826) spricht und den Landtagen die Funktion zuschreibt, »den Maßnahmen der Regierung eine scheinbare Legitimation durch Zustimmung der Volksvertretung zu geben und somit — gewollt oder ungewollt — als Stütze der monarchischen Regierungsform zu dienen« (S. 823). Der Schwerpunkt des zweibändigen Werkes von Ehrle liegt in der Darstellung der Verfassungsbestimmungen über die Wahl der deutschen Landtage, wobei eine Reihe von Fehlinformationen in älteren Arbeiten korrigiert werden. Aufschlußreich ist seine Analyse der mehrfachen »Destillation des Volksgeistes« (S. 785) durch eine Vielzahl von Wahlrechtsbeschränkungen, die in den einzelnen Staaten das aktive und passive Wahlrecht unterschiedlich stark begrenzten. Der Autor legt dazu begründete Schätzwerte vor; gleichwohl bleibt hier für die landesgeschichtliche Forschung noch ein weites Feld zu bestellen. Dies gilt ebenso für die Ermittlung des Sozialprofils der vormärzlichen Abgeordnetenklassen. Hierzu bietet Ehrle den zur Zeit ausführlichsten Überblick, wenngleich das Zahlenmaterial nicht hinreichend differenziert ist.³⁷ Ein Vergleich mit den von Botzenhart zusammengestellten Sozialdaten ist deshalb nicht möglich. Deutlich wird hingegen bei einem Vergleich beider Arbeiten die sprunghafte Ausdehnung des Kreises der Wahlberechtigten in den Revolutionsjahren, trotz aller Einschränkungen, die auch 1848 noch bestehen blieben. Botzenhart korrigiert jedoch die von Hamerow vorgelegten Wahldaten,³⁸ die von der neueren Revolutionsliteratur weitestgehend übernommen worden sind. Nach Botzenharts sorgfältigen Ermittlungen, die auch die noch auszufüllenden Lücken hervortreten lassen, konnten 1848 an den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung »mindestens« 80 Prozent der volljährigen Männer teilnehmen (S. 157).

III.

Die Nationalversammlungswahlen trieben nicht nur den Prozeß der Politisierung des öffentlichen Lebens voran, sie verstärkten auch die Tendenz zur Organisierung des politischen Gestaltungswillens, den die Revolution so abrupt in der Bevölkerung freigesetzt hatte. Die Gründung von Organisationen gelang in breitem Ausmaß in den Städten, während auf dem Land — von wenigen Ausnahmen wie in Schlesien abgesehen — andere Aktionsformen und

36 Peter Michael Ehrle, *Volksvertretungen im Vormärz. Studien zur Zusammensetzung, Wahl und Funktion der deutschen Landtage im Spannungsfeld zwischen monarchischem Prinzip und ständischer Repräsentation*, 2 Teilbände (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 127), Verlag Peter Lang, Frankfurt/Bern/Cirencester (UK) 1979, LXVIII, 829 S. sowie 54 S. Anhang (Tabellen und Quellentexte), kart., sFr. 139,—.

37 Die Tabellen enthalten u.a. Angaben über die verfassungsmäßig vorgesehenen Sitzverteilungen nach Ständen, Besitzkriterien usw., Wahlrechtsbestimmungen, Wahlperioden u.a. Die Angaben über die Sozialstruktur der Abgeordnetenklassen sind zu wenigen Großgruppen zusammengefaßt, was eine detaillierte Auswertung und einen Vergleich mit bereits vorliegenden Daten erschwert. So lassen sich z.B. Ehrles Angaben für Württemberg (Tabelle 11 A) nicht vergleichen mit den Angaben in dem von ihm nicht herangezogenen Buch: Dieter Langewiesche, *Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung*, Düsseldorf 1974, S. 73 (Tabelle), wo die Berufe stärker spezifiziert und die nicht gewählten Abgeordneten im Unterschied zu Ehrles Berechnungen ausgeklammert worden sind. Die Literaturerfassung durch Ehrle ist lückenhaft. So fehlen nicht nur der für sein Thema wichtige Aufsatz von Gall (Anm. 35), sondern auch alle Arbeiten von Werner Conze zum Vormärz! Auch die wichtigen Studien von Helmuth Croon finde ich nicht im Literaturverzeichnis, obwohl Ehrle die preußischen Provinziallandtage in seine Studie einbezieht.

38 Theodore S. Hamerow, *Die Wahlen zum Frankfurter Parlament* (engl. Original 1961), in: *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815—1918)*, hrsg. von Ernst-Wolfgang Böckenförde unter Mitarbeit von Rainer Wahl, Köln 1972, S. 215 ff.

andere Zielsetzungen vorherrschten.³⁹ Wenngleich die ältere lokal- und landesgeschichtliche Forschung die Bedeutung des Vereinswesens für den Verlauf der Revolution oft betont und auch eine Fülle von Quellenmaterial aufbereitet hatte, ist es doch erst der neueren Literatur gelungen, die Kenntnisse über die vielfältigen Funktionen dieser Vereine und über die Zusammenhänge zwischen den außerparlamentarischen Organisationen und den Parlamentsfraktionen zu einem Revolutionsbild zusammenzufügen, das die Ereignisse in den nationalen parlamentarischen Brennpunkten nicht mehr einseitig in den Mittelpunkt rückt.⁴⁰ In den beiden Revolutionsjahren, so konnte gezeigt werden, bildete sich eine Art Mehrparteiensystem heraus, das aus einem engmaschigen städtischen Organisationsnetz bestand, das in unterschiedlicher Intensität mit den parlamentarischen Zentren in Frankfurt bzw. in Wien und in den Einzelstaaten verbunden war: a) die Arbeiterbewegung, b) die demokratischen Gruppierungen, c) die liberal-konstitutionellen Vereine, d) die katholischen Piusvereine und e) die konservativen Organisationen.

Dieses außerparlamentarische Vereinswesen, dessen Dichte nicht hinter dem französischen zurückblieb,⁴¹ erfüllte eine doppelte Aufgabe: Es mobilisierte und organisierte die politische Willensbildung, und es schulte den politisch aktiven Teil der Bevölkerung, um diese zur Entwicklung und Durchsetzung längerfristiger Zielsetzungen fähig zu machen. Die Organisationen entfalteten ein reges internes Vereinsleben (Vorträge, Diskussionen, Lektüre u. a.), sie hielten Volksversammlungen ab, um über die Vereinsöffentlichkeit hinauszuwirken, gaben z. T. Zeitungen heraus, die für eine dauerhafte Öffentlichkeitsarbeit ebenso unentbehrlich waren wie für die überlokale Verklammerung der Organisationen, und sie veranstalteten regionale sowie nationale Kongresse, die ebenfalls der Abstimmung über Zielsetzungen und Strategien zu deren Durchsetzung dienten. Die Grundmuster, nach denen sich das Organisationsgeflecht entwickelte und die Vereine wirkten, sind von der Forschung klar herausgearbeitet worden, doch es gab vielfältige Variationen, die von den lokalen Entwicklungsbedingungen abhingen und nur in Lokal- bzw. Regionalstudien präzisiert werden können. Dies gilt auch für die soziale Zusammensetzung der Vereine, deren Erforschung noch in den Anfängen steckt und auf große Quellenprobleme stößt. Die Fehlanzeigen überwiegen bislang noch die auswertbaren Quellenfunde.⁴²

³⁹ Vgl. dazu unten, Abschnitt VII.

⁴⁰ Auch hierzu bietet die Studie von *Botzenhart* (Anm. 24) jetzt den genauesten Überblick. Eine knappe Deutung enthält *Langewiesche* (Anm. 25). Neben der in diesen Arbeiten genannten Literatur bieten von den hier vorgestellten Neuerscheinungen gute Aufschlüsse: *Kuhnigk* (Anm. 2); *Koch* (Anm. 21); *Franz* (Anm. 47); *Eberhard Sieber*, Stadt und Universität Tübingen in der Revolution von 1848/49 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Tübingen, Bd. 6), H. Laupp'sche Buchhandlung, Tübingen 1975, XIII, 436 S., kart., 69 DM (mit informativem Quellenanhang); *Wolff* (Anm. 96); zu Wien: *Häusler* (Anm. 2) und *Steiner* (Anm. 103). Auf diese Literatur wird für die folgende Skizze generell verwiesen.

⁴¹ *Peter Aman*, Revolution and Mass Democracy: the Paris Club Movement in 1848, Princeton 1975; knapper Überblick: *ders.*, The Paris Club Movement in 1848, in: Revolution and Reaction 1848 and the Second French Republic, ed. by *Roger Price*, London 1975, S. 115 ff.; die m.E. besten Überblicke für das gesamte französische Organisationswesen: *Roger Price*, The French Second Republic, London 1972; *Maurice Agulhon*, 1848 ou l'apprentissage de la république 1848—1852, Paris 1973.

⁴² Abgesehen von den Arbeitervereinen, die er ausgeklammert hat, bietet dafür den besten Überblick *Botzenhart* (Anm. 24), Kap. 4; neben den dort genannten Arbeiten sind jetzt heranzuziehen *Heribert Pauly*, Zur sozialen Zusammensetzung politischer Institutionen und Vereine der Stadt Mainz im Revolutionsjahr 1848, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, NF. 34, 1976, S. 45 ff.; *Hermann Josef Rupieper*, Die Polizei und die Fahndungen anlässlich der deutschen Revolution von 1848/49, in: VSWG 64, 1977, S. 328 ff.; *ders.*, Die Sozialstruktur demokratischer Vereine im Königreich Sachsen 1848—55, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 7, 1978, S. 457 ff.; *ders.*, Die Sozialstruktur der Trägerschichten der Revolution von

Trotz aller Fortschritte in den letzten Jahren sind die genannten Vereinsgruppierungen bislang höchst ungleichgewichtig erforscht. Der größte Forschungsrückstand besteht bei den konservativen Organisationen, die in Preußen ihren überragenden Schwerpunkt besaßen, während in den süddeutschen Staaten die konservativen Kräfte vielfach in den liberal-konstitutionellen Vereinen integriert waren.⁴³ Auch für die katholischen Piusvereine überwiegen noch die weißen Flecken, wenngleich eine Reihe von Einzelstudien vorliegen. Eine neuere Gesamtanalyse, die den Forschungsstand aufarbeitet, fehlt.⁴⁴

Entgegen dem immer noch anzutreffenden Gerede vom »Verschweigen« oder »Unterschlagen« demokratischer Strömungen der Revolutionsjahre gilt es festzustellen, daß die demokratischen Bewegungen aus den Reihen der Arbeiterschaft und des Bürgertums zu den besterforschten Bereichen der Revolutionsjahre gehören. Daß dennoch viele Fragen unbeantwortet sind, widerlegt diese Feststellung nicht.

Die Erforschung der Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung war lange Zeit ein Hauptschauplatz des deutsch-deutschen Erbschaftsstreits um die demokratischen Traditionen. Während die DDR-marxistische Forschung in starkem Maße auf kommunistische Spurensicherung fixiert gewesen war — dem Wirken von Marx und Engels und des Bundes der Kommunisten als »Avantgarde des Proletariats« galt vorrangig die Aufmerksamkeit —, neigten bundesrepublikanische Historiker dazu, die organisatorischen Anfänge der Arbeiterbewegung »kommunistenfrei« zu halten. Obgleich die Schwerpunkte auch weiterhin unterschiedlich gesetzt werden, haben sich doch inzwischen die ehemals schroffen Gegensätze zugunsten einer angemesseneren Sichtweise gemildert.⁴⁵ Dazu hat die lokal- und regionalgeschichtliche For-

1848/49 am Beispiel Sachsen, in: *Hartmut Kaelble u.a., Probleme der Modernisierung in Deutschland*, Opladen 1980, S. 80 ff.

43 Für Alt-Bayern läßt sich allerdings ein wenig aktiver katholisch-konservativer Verein nachweisen, *Botzenhart*, S. 357 f.; den besten Aufschluß über die preußischen konservativen Organisationen gibt immer noch *Erich Jordan*, *Die Entstehung der konservativen Partei und die preußischen Agrarverhältnisse von 1848*, München 1914; s. auch neben den wenigen bei *Botzenhart*, S. 392 ff., genannten Arbeiten (sowie Anm. 5) *Gerhard Becker*, *Die Beschlüsse des preußischen Junkerparlaments von 1848*, in: *ZfG* 24, 1976, S. 889 ff.; die genaueste mir bekannte Auswertung der konservativen Vereinsbewegung in Preußen, die in meiner Parteienstudie (Anm. 25) unterschätzt ist, bietet die Düsseldorfer wiss. Hausarbeit von *Wolfgang Schwentker*, *Die konservative Vereinsbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49*, 1978. Der Autor bereitet eine Dissertation bei Wolfgang J. Mommsen über dieses Thema vor.

44 Vgl. die Angaben bei *Botzenhart* (Anm. 24), S. 335 ff.; und *Langewiesche* (Anm. 25), S. 347 f.; hervorzuheben sind von den neueren Arbeiten die Studien von *Konrad Repgen*, *Märzbewegung und Maiwahlen des Revolutionsjahres 1848 im Rheinland*, Bonn 1955; *ders.*, *Klerus und Politik 1848. Die Kölner Geistlichen im politischen Leben des Revolutionsjahres*, in: *Aus Geschichte und Landeskunde. Franz Steinbach zum 65. Geburtstag gewidmet*, Bonn 1960, S. 133 ff.; weitere Angaben bei *Georg May*, *Interkonfessionalismus in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Paderborn 1969; *Christel Köhle-Hezinger*, *Evangelisch-Katholisch. Untersuchungen zu konfessionellem Vorurteil und Konflikt im 19. und 20. Jahrhundert, vornehmlich am Beispiel Württembergs*, Tübingen 1976, S. 241 ff.; punktuelle Angaben zu 1848/49 und eine gute Bibliographie in: *Hans Dieter Denk*, *Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg*, Mainz 1980.

45 Den raschesten Überblick über die Forschungsentwicklung ermöglichen *Wolfgang Schieder*, *Die Rolle der deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848/49*, in: *Ideen und Strukturen* (Anm. 16), S. 43 ff.; demnächst wieder abgedruckt in: *Die deutsche Revolution* (Anm. 13); *ders.*, *Bund der Kommunisten*, in: *Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft*, Bd. 1, Freiburg 1966, Sp. 899 ff.; *Dieter Dowe*, *Aktion und Organisation. Arbeiterbewegung, sozialistische und kommunistische Bewegung in der preußischen Rheinprovinz 1820—1852*, Hannover 1970 (eine der wichtigsten Regionalstudien); eine ausführliche Einleitung mit Forschungsresümee aus DDR-marxistischer Sicht in: *Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung 1848—1850. Dokumente des Zentralkomitees für die deutschen Arbeiter in Leipzig*, bearb. von *Horst Schlechte*, Weimar 1979;

sung erheblich beigetragen, denn sie konnte zeigen, daß die konkrete Tätigkeit der Arbeitervereine eher verfehlt als erhellt wird, wenn man von einem so oft behaupteten unüberbrückbaren Gegensatz zwischen »politisch-revolutionärer« Kampfbereitschaft und »gewerkschaftlich-reformistischem« Integrationskurs in der Arbeiterbewegung der Revolutionsjahre ausgeht. Das von Wolfgang Schieder konstatierte »eigentümliche Bild eines Neben- und Gegeneinanders sozialkonservativer, sozialreformerischer und sozialrevolutionärer Vorstellungen«⁴⁶ hat sich nicht nur im Laufe der Revolution in seiner Gewichtung verschoben, da Lernprozesse stattfanden, die zu Zielkorrekturen führten,⁴⁷ sondern die Elemente dieses Bildes waren in den einzelnen Orten und Vereinen von Anfang an auch unterschiedlich verteilt. Eine Analyse der »Spitzenebene«⁴⁸ kann diese Vielfalt und deren Wandel nicht hinreichend erfassen, denn auch für die Vereine, die sich der Arbeiterverbrüderung anschlossen, gilt wie für die anderen Parteien, daß die einzelnen Vereine in ihrer Tätigkeit und in ihren Zielsetzungen in hohem Maße autonom blieben. Gleichwohl hat B. Moore⁴⁹ jüngst den Versuch gewagt, auf der Grundlage einiger zentraler Kongresse und eines kleinen Ausschnitts aus der breiten Spezialliteratur das Verhalten deutscher Arbeiter⁵⁰ in den Revolutionsjahren neu zu deuten. Moore macht mit guten Gründen darauf aufmerksam, daß die Arbeiterbewegungsforschung allzu oft dazu tendierte, das Verhalten des schmalen Kreises der organisierten Arbeiter gleichzusetzen mit dem Verhalten »der« Arbeiterschaft. Doch die Folgerungen, die er aus dieser Einsicht zieht, sind z. T. unbelegt und z. T. nachweislich falsch.

Moore unterscheidet vier Gruppen von Arbeitern: 1) diejenigen, die nichts taten, 2) diejenigen, die nicht mehr in Deutschland lebten, da sie bereits vor der Revolution emigriert waren, 3) die Organisierten und 4) diejenigen, die revolutionäre Gewalt ausübten. Den Umfang der

als bibliographischer Überblick Dowe, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sozialistischen und kommunistischen Bewegung von den Anfängen bis 1863 unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen, Bonn-Bad Godesberg³ 1981, sowie ZfG, Sonderband 1980: Historische Forschungen in der DDR 1970—1980.

Neben den neueren Überblicken von unterschiedlichem Niveau von Karl Birker, Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840—1870, Berlin 1973; P. H. Noyes, Organization and Revolution. Working-class associations in the German revolutions of 1848—1849, Princeton 1966; Ernst Schraepler, Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830—1853, Berlin/New York 1972, sind nach wie vor die dort genannten älteren Studien heranziehen. Dies gilt insbesondere für Max Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49, Leipzig 1924, Nachdruck 1977, dessen Werk nicht überholt ist durch Frolinde Balser, Sozial-Demokratie 1848/49 bis 1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation »Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung« nach der Revolution, 2 Bände, Stuttgart² 1965; für das gesamte proletarisch-bürgerliche Spektrum wichtig: Rolf Weber, Die Revolution in Sachsen 1848/49, Berlin [DDR] 1970.

46 W. Schieder, Arbeiter 1848/49 (Anm. 45), S. 49.

47 Ein gutes Beispiel dafür bietet Eckhardt G. Franz, Die hessischen Arbeitervereine im Rahmen der politischen Arbeiterbewegung der Jahre 1848—50 (= Hessische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung I), Sonderdruck aus: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, N. F. 33, Darmstadt 1975, S. 167—262, kart., 12 DM (mit Quellenanhang). Als Reprint liegt vor: Die Allgemeine Frankfurter Arbeiter-Zeitung von 1848. Mit einer Einführung von Max Quarck (1925), Frankfurt 1968.

48 Nachdrucke machen die Zeitungen »Das Volk«, »Die Verbrüderung« und die »Neue Rheinische Zeitung« bequem zugänglich; s. jetzt auch die Edition von Schlechte (Anm. 45); neu aufgelegt wurde auch Stephan Born, Erinnerungen eines Achtundvierzigers, hrsg. von Hans J. Schütz, Berlin/Bonn 1978.

49 Barrington Moore, Jr., Injustice. The Social Bases of Obedience and Revolt, London 1978 und 1979, Kap. V; danach das Folgende.

50 Zum Arbeiterbegriff vgl. Werner Conze, Arbeiter, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. von dems., Otto Brunner und Reinhart Koselleck, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 216 ff.

ersten Gruppe, der geduligen Schweiger, schätzt er erheblich zu hoch ein, da ihm die unorganisierten Bewegungen mit ihren traditionellen Protestformen unterhalb der Ebene manifesten Gewalt in Form von Barrikadenkämpfen unbekannt geblieben sind.⁵¹ Die Emigration wertet er überwiegend als einen Abstrom von potentiellen Revolutionären und Führungskräften der Revolution (S. 158). Das mag so sein, doch ob es so war, wissen die Auswanderungsforscher nicht.⁵² Mehr als eine Arbeitshypothese kann diese Annahme also nicht sein. Die vierte Gruppe, die Barrikadenkämpfer vor allem, rückt Moore in die Nähe des »Lumpenproletariats«: die Ärmsten der Armen, ungebildet, zur Organisation und zur gewaltlosen Artikulation ihrer Wünsche unfähig (S. 143). Das ist ein eindeutiges Fehltrail, wie die Sozialdaten von Barrikadenkämpfern und die Beteiligung von organisierten Arbeitern an den gewaltförmigen revolutionären Kämpfen belegen.⁵³

Am interessantesten sind Moores Analysen der dritten Gruppe, der Organisierten, deren Zielsetzungen anhand der vielen Reden und Schriften, die aus den Revolutionsjahren überliefert sind, untersucht werden können. Moore ordnet die Arbeiterorganisationen nicht in eine Entwicklungslinie ein, die zur sozialistischen Arbeiterbewegung hinführt, sondern er betont die vorindustriellen Orientierungen, und er schreibt den Arbeiterorganisationen eine »vollständige Bejahung der vorherrschenden Sozialordnung« (S. 166) zu. Spuren eines politischen Machtwillens in der organisierten Arbeiterschaft oder gar einer »proto-leninistischen Konzeption« (ebda.), um die Unterstützung der Landbevölkerung zu gewinnen, kann er nicht entdecken. Moores Blickrichtung, die nach Erklärungen für Verhaltensweisen in der »Vorgeschichte« der Revolution sucht, statt diese als partielle Vorgeschichte von Späterem zu deuten, ist gewiß anregend. Doch sein Deutungsversuch ist unzureichend. Denn das, was er als typisch »deutsch«, erklärbar aus der aufrührarmen, autoritätsgebundenen Entwicklung deutscher Städte im 17. und 18. Jahrhundert (S. 161 f.), mißversteh, war in Frankreich keineswegs anders. Daß die französische Revolution von 1848 nicht zuletzt am Gegensatz Stadt-Land, Paris-Provinz gescheitert ist, wird in der Revolutionsforschung durchweg hervorgehoben. Dazu hat schon Marx Eindringliches gesagt.⁵⁴ Die Erfolglosigkeit deutscher Demokraten bei ihren Versuchen, die Landbevölkerung in ihr Organisationsnetz einzubeziehen, ist im europäischen Kontext keine Ausnahme. Das Gleiche gilt für das noch in erheblichem Maße zunftorientierte Vokabular von Arbeitern und Arbeiterorganisationen in den Revolutionsjahren. Orientierung an zünftlerisch-korporativen Gesellschaftsbildern muß 1848/49 jedoch nicht mehr die gleiche Bedeutung und die gleiche Funktion wie in früheren Jahrzehnten bzw. Jahrhunderten gehabt haben. Die mit Blick in die Vergangenheit legitimierte Forderung nach »sozialständischer« Subsistenzsicherung, nach »gerechtem Lohn«,

⁵¹ Vgl. dazu Abschnitt VII.

⁵² Vgl. die differenzierten, den Forschungsstand resümierenden Beiträge von Günter Moltmann, Nordamerikanische »Frontier« und deutsche Auswanderung — soziale »Sicherheitsventile« im 19. Jahrhundert?, in: Industrielle Gesellschaft und politisches System. Festschrift für Fritz Fischer zum 70. Geburtstag, hrsg. von Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt und Peter-Christian Witt, Bonn 1978, S. 279 ff.; Moltmann, German Emigration to the United States during the First Half of the Nineteenth Century as a Social Protest Movement, in: Germany and Amerika: Essays on Problems of International Relations and Immigration, ed. by Hans L. Trefousse, New York 1980, S. 103 ff.; anders als Moore urteilt auch Mack Walker, Germany and the Emigration 1816—1885, Cambridge, Mass. 1964, S. 69.

⁵³ Vgl. Ruth Hoppe/Jürgen Kuczynski, Eine Berufs- bzw. Klassen- und Schichtenanalyse der Märzgefallenen 1848 in Berlin, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964/IV, S. 200 ff.; weitere Literatur bei Rupieper, Sozialstruktur der Trägerschichten (Anm. 42); zu Wien s. Häusler (Anm. 2), S. 389 ff. (Oktoberkämpfe). Auch im internationalen Vergleich (Revolutionskämpfe in Paris, Mailand, Prag, um die spektakulärsten zu nennen) trifft die Auffassung von Moore nicht zu.

⁵⁴ Die Angemessenheit seiner Analyse (Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, MEW 7, S. 9 ff.) in diesem Punkt wird auch von Price (Anm. 41) bestätigt, der ansonsten bemüht ist, Marx zu widerlegen.

nach Schutz vor den sozialen Auswirkungen einer ungezügelter Laissez-faire-Wirtschaft konnte 1848/49 sozialrevolutionäre Sprengkraft freisetzen. Um das Widerstands- und Oppositionspotential, das in zünftlerisch-korporativen Weltbildern und Assoziationen eingebunden sein konnte, angemessen zu entschlüsseln, bedarf es sorgfältiger Analysen, die vor allem auch die in der Forschung bislang stark vernachlässigten Handwerkerbewegungen der Revolutionsjahre einbeziehen sollten.⁵⁵ Es genügt nicht, die Revolution der unterbürgerlichen Schichten als »revolution for the sake of respectability« (Moore, S. 167) zu charakterisieren, wenn nicht zugleich verdeutlicht wird, welche politisch-sozialen Ansprüche dieses Verlangen nach »respectability« enthielt, Ansprüche, die breite Teile des deutschen (aber auch des französischen) Bürgertums 1848 als eine fundamentale Bedrohung der »bürgerlichen« Gesellschaftsordnung verstanden.⁵⁶

Auch hier gilt es zu betonen, daß diese von Moore als modernisierungsfeindlich gedeutete Haltung nichts typisch »Deutsches« war. W. H. Sewell⁵⁷ hat erst jüngst für Frankreich erneut auf das »Paradox einer radikalen Revolution, ausgeführt in korporativen Prägungen« (S. 3), nachdrücklich aufmerksam gemacht. Er kann zeigen, wie im Gehäuse korporativer Gesellschaftsbilder antikapitalistische Wertorientierungen entstanden, die sich 1848 in Klassenkämpfen entluden, deren Konfliktlinie »nicht so sehr [...] zwischen zwei scharf getrennten Klassen der Eigentumsbesitzer und der Lohnabhängigen« verlief; sondern diese Kämpfe sind zu verstehen als ein Versuch von Arbeitern, »ein vollständiges Gegensystem zu errichten, in dem Arbeit, nicht Besitz das dominierende Grundmuster der Gesellschaftsordnung« (S. 283 f.) bilden sollte. Für Deutschland existiert keine vergleichbare berufsübergreifende Untersuchung, die politische und gewerkschaftliche Forderungen⁵⁸ von Arbeitern und Handwerkern in eine umfassende Gesellschaftsanalyse einordnet und nach dem Funktionswandel tradierter Weltbilder trotz Fortbestehens überlieferter Wertmuster und Organisationsformen fragt.⁵⁹ Moores Versuch bietet keinen Ersatz, da er diesen Wandel nicht beachtet und Verhaltensformen als typisch deutsch mißversteht, die man eher als allgemein-europäische Erscheinung im Industrialisierungsprozeß charakterisieren muß.⁶⁰

Weiterführende Einsichten sind von Studien zu erwarten, die den komplexen Prozeß der Klassenbildung untersuchen, indem Bereiche wie soziale und geographische Mobilität, Urba-

55 Vgl. als neueste Studie (mit der älteren Literatur) J. J. Breuilly, Joachim Friedrich Martens (1806—1877) and the German Labour Movement, Ph. D. University of York 1978 (MS); eine überarbeitete deutsche Übersetzung ist in Vorbereitung. Vgl. auch Sedatis (Anm. 77) sowie Theodore Hamerow, The German Artisan Movement 1848—49, in: The Journal of Central European Affairs 21, 1961, S. 135 ff.

56 Vgl. Langewiesche, Republik (Anm. 12). Vgl. auch G.-A. Kertesz, The view from the middle class: the German moderate liberals and socialism, in: Intellectuals and Revolution. Socialism and the Experience of 1848, ed. by Eugene Kamenka and F.-B. Smith, London 1979, S. 61 ff.

57 William H. Sewell, Jr., Work and Revolution in France. The Language of Labor from the Old Regime to 1848, Cambridge u.a. 1980 (mit ausführlicher Bibliographie).

58 Zu den gewerkschaftlichen Aktivitäten deutscher Arbeiter 1848/49 vgl. jetzt mit weiterer Literatur Ulrich Engelhardt, Gewerkschaftliches Organisationsverhalten in der ersten Industrialisierungsphase, in: Arbeiter im Industrialisierungsprozeß, hrsg. von Werner Conze und U. Engelhardt, Stuttgart 1979, S. 372 ff.

59 Für die Sondergruppe der Bergleute vgl. jedoch Klaus Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn-Bad Godesberg 1977, ungekürzte Studienausgabe, Bonn 1981 (zur Revolution knapp S. 132 ff.).

60 Als vorläufiger Überblick: Robert W. Lougee, Midcentury Revolution, 1848. Society and Revolution in France and Germany, Lexington/Toronto/London 1972, S. 165 ff. Wie die politischen Forderungen deutscher Arbeiter im Vergleich zu den politischen Zielen des 1848 endgültig scheiternden englischen Chartismus zu werten sind, läßt Moore ebenfalls außer acht. Ein solcher Vergleich würde ebenfalls die politischen Ziele deutscher Arbeiter als weniger außergewöhnlich erweisen, als Moore unterstellt.

nisierungsverlauf, Arbeitsplatzwandel, Familienstrukturen, Kommunikationsnetze und »Gemeinschaftsbeziehungen« im inner- wie außerbetrieblichen Leben einbezogen werden.⁶¹ Hartmut Zwahr⁶² hat für Leipzig aufschlußreiche, von den traditionellen Untersuchungspfaden wegführende Analysen vorgelegt, in denen er der Entstehung von »proletarischen Gemeinschaftsbeziehungen« nachspürt und die zentrale Bedeutung des »geborenen« Proletariats für den Aufbau proletarischer Klassenkampforganisationen herausstellt. Die Verbindung von sozialökonomischer Prozeßanalyse mit der politischen Handlungsebene ist ihm jedoch nicht hinreichend gelungen. Ob diejenigen Arbeiter, deren »spontanen Ökonomismus« er der »elementaren Arbeiterbewegung« zuordnet, eine andere gesellschaftliche Position innehatten als die Träger der »antizünftlerischen« »jungen Arbeiterbewegung Sachsens«,⁶³ bleibt noch unklar. Für Marseille hat Sewell⁶⁴ politische Wirkungen (Verhaltensunterschiede in der Revolution) von Berufsfeldern, die er nach »offenen« und »exklusiven« unterteilt, von sozialer Segregation im außerberuflichen Leben und von Migration nachweisen können. Er vermochte allerdings ein Quellenmaterial zu erschließen, mit dessen Aussagekraft die bisher für Deutschland erarbeiteten Materialien nicht konkurrieren können, denn Sewells Quellen lassen es zu, für einzelne Personen die genannten Sozialdaten mit politischen Daten (Organisationszugehörigkeit) zu verkoppeln. Wenn man bedenkt, wie wenig Mitgliederlisten von politischen Organisationen der Revolutionsjahre bislang in Deutschland entdeckt wurden, dann sind die Aussichten für ähnlich differenzierte Analysen nicht günstig.

Dieser Eindruck wird durch die Lokalstudie von R. Taubert⁶⁵ bestätigt, der in seiner Bochumer Dissertation nicht einmal die genaue Mitgliederzahl des von ihm untersuchten Arbeitervereins Lennep feststellen kann und auch eine Reihe weiterer Quellenlücken mit Vermutungen schließen muß. Auf einer äußerst schmalen Quellengrundlage — er hat 9 (neun) Nummern des Arbeiter-Blatts Lennep aufgefunden — unternimmt es Taubert, die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung neu zu interpretieren. Seine Kernthese: In der Revolution bilde-

61 Vgl. als anregende, aber nicht direkt auf die Revolutionsjahre und auf politische Vorgänge bezogene Arbeiten aus den letzten Jahren: Josef Ehmer, Familienstruktur und Arbeitsorganisation im frühindustriellen Wien, Wien/München 1980; ders., Produktion und Reproduktion in der Wiener Manufakturperiode, in: Wien im Vormärz, hrsg. von Renate Banik-Schweitzer u.a. (= Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte, Bd. 8), Verlag Jugend und Volk, Wien/München 1980, 216 S., S. 107 ff.; Familie und soziale Plazierung, hrsg. von Jürgen Kocka u.a., Opladen 1980; mit weiterer Literatur ders., The study of social mobility and the formation of the working class in the 19th century, in: Mouvement social, Nr. 111, 1980, S. 97 ff.; Hinweise auch bei Gerhard A. Ritter, Staat und Arbeiterschaft in Deutschland von der Revolution 1848/49 bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, in: HZ 231, 1980, S. 325 ff., S. 327 ff. vor allem; vgl. auch die wesentlich erweiterte separate Ausgabe: ders., Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland. Vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik, Berlin/Bonn 1980; sowie Ilse Fischer, Industrialisierung und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Augsburgs 1840 bis 1914, Augsburg 1977, S. 225 ff. knapp zur Revolution.

62 Hartmut Zwahr, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin [DDR] 1978; daneben vor allem ders., Die Entwicklung proletarischer Gemeinschaftsbeziehungen im Prozeß der sozialen Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse, in: Jahrbuch für Geschichte 13, 1975, S. 203 ff.

63 Zwahr, Konstituierung, S. 269.

64 William H. Sewell, Jr., The Working Class of Marseille under the Second Republic: Social Structure and Political Behavior, in: Workers in the Industrial Revolution: Recent Studies of Labor in the United States and Europe, ed. by Peter N. Stearns and Daniel J. Walkowitz, New Brunswick, N.J. 1974, S. 3 ff.

65 Rolf Taubert, Autonomie und Integration. Das Arbeiter-Blatt Lennep. Eine Fallstudie zur Theorie und Geschichte von Arbeiterpresse und Arbeiterbewegung 1848—1850 (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 24), Verlag Dokumentation, München 1977, 215 S., brosch., 28 DM.

ten sich zwei scharf getrennte Öffentlichkeiten heraus, eine bürgerliche, die auf politischen Wandel zielte, und eine Arbeiteröffentlichkeit, der es um Durchsetzung sozialer Forderungen ging: »Preßfreiheit — Freißfreiheit; [...] Die Antagonismen sind evident: die Politik der Ausgehungerten gegen die politischen Abstraktionen der bürgerlichen Intelligenz« (S. 47). Taubert überfrachtet seine Lokalstudie so sehr mit Polemik gegen die Konstrukteure von allzu glatten Kontinuitätslinien in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, daß ihm ganz entgeht, wie sehr sein Plädoyer für eine Betrachtung der Revolution »aus sich selbst« (S. 14) heraus mit dem Strom schwimmt. Ihm entgeht allerdings auch, daß das Verhalten deutscher Arbeiter in der Revolution wohl doch nicht ausschließlich von Lennep her entschlüsselt werden kann. Städte mit anderer Wirtschaftsstruktur und mit regerem politischen Leben boten andere Chancen als Lennep, Verbindungslinien zwischen den Öffentlichkeitsformen von Bürgern und Arbeitern herzustellen. Ein Beispiel, auf das noch zurückzukommen ist, bietet Wien, ein anderes Köln, für das intensive Analysen vorliegen.⁶⁶ Zudem sind für Köln durch mehrere Quelleneditionen besonders gute Untersuchungsmöglichkeiten geschaffen worden. Denn mit den Reprints der Neuen Rheinischen Zeitung und vor allem der verschiedenen *Organe des Kölner Arbeitervereins*⁶⁷ stehen jetzt der Forschung, aber auch für Lehrzwecke Informationen über die konkrete Tätigkeit des größten deutschen Arbeitervereins der Revolutionsjahre bequem zugänglich zur Verfügung. Gerade die Auseinandersetzungen im Kölner Arbeiterverein verdeutlichen Kooperationsmöglichkeiten und Konfliktbereiche zwischen bürgerlich-demokratischen und proletarischen Öffentlichkeitsformen, zwischen denen die Trennlinien nicht überall so scharf gezogen waren, wie Taubert aus einem überschätzten Einzelfall folgert.

Die genannten Kölner Zeitungen bieten auch den besten Aufschluß über die kontroverse Resonanz, die Marx' Strategie zur Vollendung der bürgerlichen Revolution in der Kölner Arbeiterschaft fand. R. P. Siefert⁶⁸ hat den Wandel der Marx'schen Revolutionsstrategie in informativen Analysen erneut dargelegt. Er bestätigt die zweifache Wendung, die Marx in der Neuen Rheinischen Zeitung 1848/49 einschlug: Desillusioniert über die deutsche Bourgeoisie, die nicht tat, was Marx für ihre historische Mission hielt, setzte er ab Ende 1848 seine Hoffnungen auf die »kleinbürgerlichen Massen«, und erst als sich diese Hoffnungen ebenfalls nicht erfüllten, plädierte Marx dann ab April 1849 für die organisatorische Selbständigkeit der Arbeiter. Siefert belegt aber, daß Marx mit diesen Richtungswechseln nicht seine Überzeugung aufgab, nach der die politisch-soziale Emanzipation des Proletariats erst nach vollendeter bürgerlicher Revolution möglich ist.⁶⁹

66 Vgl. Dowe, Aktion (Anm. 45).

67 *Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit (Organ des Arbeitervereins)*, (I:) Köln, 26. Oktober — 31. Dezember 1848; (II:) Köln, 8. Februar — 24. Juni 1849, Nachdrucke, hrsg. von Dieter Dowe mit neu erstellten analytischen Inhaltsverzeichnissen von Dorothee Dowe (= Reprints zur Sozialgeschichte bei J. H. W. Dietz Nachf.), Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn 1980, XVI, 80, 116 S., Ln., 98 DM. Zuvor waren schon erschienen: *Zeitung des Arbeiter-Vereins zu Köln*, Nr. 1—40, 23. April — 22. Oktober 1848, Nachdruck: Glashütten 1976; *Freiheit, Arbeit. Organ des Kölner Arbeitervereins*, Nr. 1—33, 14. Januar — 24. Juni 1849. Mit einer Einführung von Hans Stein und ergänzenden Beiträgen von Ernst Czobor, Nachdruck: ebda. 1972. Wichtig ist auch der von Heinz Boberach bearb. Bd. 2, 2. Hälfte der Edition: Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830—1850, hrsg. von Joseph Hansen, Köln/Bonn 1976.

68 Rolf Peter Siefert, Die Revolution in der Theorie von Karl Marx (= Sozialgeschichtliche Bibliothek; Ullstein Buch 3584), Ullstein Verlag, Frankfurt/Berlin/Wien 1979, 256 S., kart., 19,80 DM. Als knapper Überblick: Eugene Kamenka, »The party of the proletariat«. Marx and Engels in: the revolution of 1848, in: *Intellectuals* (Anm. 56), S. 76 ff.

69 Siefert's Untersuchung der Revolutionsjahre — auf die Weiterführung seiner Analysen kann ich hier nur verweisen — korrigiert das merkwürdige Bild, das Alexander Brandenburg, Theoriebildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung 1835—1850, Hannover 1977, vermittelt: Die Revolution taucht dort nur in Nebensätzen auf.

Traditionale Gesellschaftsbilder spielten nicht nur in der Konstituierungsphase der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung eine bedeutende Rolle.⁷⁰ Auch die bürgerlich-demokratische und die bürgerlich-liberale Bewegung der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts blieben in starkem Maße von traditionellen Orientierungen geprägt, wie die noch unabgeschlossene, kontrovers verlaufene Liberalismuskussion der letzten Jahre verdeutlicht hat. Ausgelöst wurde die Kontroverse durch ein Referat Lothar Galls auf dem Deutschen Historikertag von 1974, in dem er das Gesellschaftsbild des deutschen Frühliberalismus als Utopie einer Bürgergesellschaft ohne Klassen, einer »vorindustriellen, berufsständisch organisierten Mittelstandsgesellschaft auf patriarchalischer Grundlage«⁷¹ charakterisiert hat. Diese Sicht war nicht völlig neu — M. Walker z. B. hat in einer wenig rezipierten Studie das sozialkonservative Klima in deutschen Städten analysiert⁷² —, doch sie fügte sich nicht in das verbreitete Bild vom Liberalismus als einem der tatkräftigsten ideologischen Geburtshelfer des Kapitalismus. Dieses Bild verzerrt jedoch die Realität, da es den Wandel, den der deutsche Liberalismus im 19. Jahrhundert erfuhr, nicht berücksichtigt. Die neuere Forschung hat Galls Deutung der frühliberalen Zukunftserwartungen weitgehend bestätigt.⁷³

»Das Laissez-faire-Prinzip einer industriekapitalistischen Ideologie«, so zeigt *Rainer Koch* in breitem Quellenüberblick, stand nicht an zentraler Stelle in der frühliberalen Wertehierarchie.⁷⁴ Möglicherweise unterschätzt er etwas den Einfluß von Friedrich List, dessen Lehren von zeitgenössischen Liberalen deshalb als so außerordentlich bedrohlich angesehen wurden, weil sie die »industrielle Potenz und politische Macht der Nation« an die Stelle der »individualistischen, auf ein mittleres Maß an Wohlstand gerichteten und so ethisch legitimierten liberalen Perspektive wirtschaftlichen Handelns« setzten.⁷⁵ Deutlich wird bei Koch jedoch, daß es in den frühliberalen Kontroversen um Erhaltungs- und Anpassungsinterventionismus sowie Laissez-faire-Politik nicht um unüberbrückbare Grundpositionen ging, sondern um die tauglichsten, der jeweiligen Situation angemessenen Mittel zum Erhalt der »politisch-sozialen Realität der kleingewerblich-agrarischen »bürgerlichen Gesellschaft« des Vormärz«.⁷⁶ Gerade diese Bereitschaft zur flexiblen Mittelwahl mahnt dazu, in der Liberalismusforschung künftig die regionalen Unterschiede genauer zu erfassen, um nicht ein unangemessenes Einheitsbild zu zeichnen, das die Differenzierungen etwa zwischen dem süddeutschen und dem rheinischen Liberalismus verdeckt.

70 Für die nachrevolutionäre Phase bietet jetzt die besten Aufschlüsse *Toni Offermann*, Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850—1863, Bonn 1979.

71 *Lothar Gall*, Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft«. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: HZ 220, 1975, S. 324 ff., erneut in: Liberalismus, hrsg. von *dems.*, Köln 1976, S. 162 ff., Zitat S. 176. Die nicht publizierte Erwiderung von *Thomas Nipperdey* wird knapp angedeutet bei *Langewiesche*, Republik (Anm. 12), S. 532, dort (S. 531 ff.) weitere neuere Literatur; eine scharfe Gegenposition bezog auch *Wolfgang J. Mommsen*, Der deutsche Liberalismus zwischen »klassenloser Bürgergesellschaft« und »organisiertem Kapitalismus«, in: Geschichte und Gesellschaft 4, 1978, S. 77 ff.

72 *Mack Walker*, German Home Towns. Community, State and General Estate 1648—1871, Ithaca/London 1971 (zu 1848: S. 354 ff.).

73 Vgl. vor allem *Botzenhart* (Anm. 24), S. 81 (mit Hinweis auf ältere Literatur) u.ö.; *Hartwig Brandt*, Ansätze einer Selbstorganisation der Gesellschaft in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Der Staat, Beiheft 2, 1978, S. 51 ff.; *Rainer Koch* (Anm. 21); *ders.*, »Industriesystem« oder »bürgerliche Gesellschaft«. Der frühe deutsche Liberalismus und das Laissez-faire-Prinzip, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 1978, S. 605 ff.

74 *Koch*, Industriesystem, S. 619.

75 *Ebda.*, S. 617 f.; zur List-Rezeption vgl. jetzt ausführlich *Heinrich Best*, Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49. Handelspolitische Konflikte im frühindustriellen Deutschland (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 37), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1980 (433 S., kart., 96 DM), Kap. 1.1—1.2.

76 *Koch*, Industriesystem, S. 619.

Welch unterschiedliche Haltungen Liberale in gesellschaftlichen Kernproblemen z. T. einnahmen, belegt *Helmut Sedatis* in einer wichtigen weiterführenden Studie.⁷⁷ Er zeigt nämlich, daß im badischen Liberalismus früher als unter den württembergischen Liberalen die Bereitschaft wuchs, den vom Kleingewerbe geforderten ökonomischen Schutz aller gegen alle durch Neuregelungen zu ersetzen, die in Richtung Gewerbefreiheit zielten. Auf der Grundlage eindringlicher Analysen »sozioökonomischer Theorien des südwestdeutschen Liberalismus im Vormärz« (Kap. I), der wirtschaftlichen Entwicklung des Handwerks sowie der württembergischen und badischen Debatten um die Einführung der Gewerbefreiheit (1862) formuliert Sedatis die These: »Für das Gros der Liberalen des Vormärz ist die Frage der Kongruenz oder Inkongruenz ihrer politischen Grundsätze mit den Dogmen des Wirtschaftsliberalismus weitgehend irrelevant. Ausschlaggebend ist vielmehr die gesellschaftspolitische Zielsetzung und diese ist an dem Bild einer ›Gesellschaft mittlerer Existenzen‹ (Gall) orientiert. Diesem Primat werden die wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu- bzw. untergeordnet« (S. 77).

Sedatis bestätigt aber nicht nur bisherige Einsichten in die gesellschaftspolitisch traditionale Orientierung (südwest)deutscher Liberaler, er modifiziert auch in interessanter Weise das von Lothar Gall u. a. vorgeschlagene Deutungsmodell. Im Anschluß an Karl Mannheim differenziert er zwischen Konservatismus und Traditionalismus, der politisch »offen« sei; und anknüpfend an C. P. Macpherson ordnet Sedatis die sozialökonomischen Grundpositionen des vormärzlichen Liberalismus dem Modell einer einfachen Marktgesellschaft zu, in der — anders als in der bürgerlich-kapitalistischen Industriegesellschaft — sich die ökonomische Konkurrenz unter Gleichen, nämlich unter Eigentümern von Waren, nicht hingegen zwischen Besitzern von Produktionsmitteln und Lohnabhängigen vollziehe. Sedatis deutet so das Emanzipationsideal des vormärzlichen Liberalismus nicht ausschließlich als rückwärtsblickende Sozialutopie, die die sozialökonomischen Folgen der Industrialisierung nicht wahrhaben wollte, sondern *auch* als eine zeittypische Kritik an der entstehenden Klassengesellschaft des Industriekapitalismus. Inwieweit diese Differenzierung tragfähig ist, werden weitere Studien erweisen müssen. Immerhin stellt auch Sedatis fest, daß das traditionale Gesellschaftsbild des (südwest)deutschen Frühliberalismus »in der politischen Praxis zu einem fast widerspruchsfreien Bündnis mit den Konservativen« (S. 66) führte.

Um die Entwicklung politischer und gesellschaftlicher Leitvorstellungen deutscher Liberaler im 19. Jahrhundert differenziert erfassen und bewerten zu können, bedarf es nicht nur des europäischen Vergleichs — dazu haben *Bramsted* und *Melhuish* eine nützliche Quellensammlung vorgelegt, für die es in deutscher Sprache kein adäquates Gegenstück gibt⁷⁸ —, sondern es muß vor allem die lokale Verankerung des Liberalismus stärker als bisher herausgearbeitet werden. Dies gilt insbesondere für die Analyse der sozialen Trägergruppen der liberalen Bewegungen im Vormärz und in der Revolution. *James Sheehan*⁷⁹ hat auf die lokalen und regio-

77 *Helmut Sedatis*, Liberalismus und Handwerk in Südwestdeutschland. Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeptionen des Liberalismus und die Krise des Handwerks im 19. Jahrhundert (= Geschichte und Theorie der Politik. Unterreihe A, Bd. 4), Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1979, 243 S., Ln., 64 DM.

78 *Western Liberalism. A history in documents from Locke to Croce*, ed. by *E. K. Bramstedt* and *K. J. Melhuish*, Longman Group, London/New York 1978, XXII, 810 S., Ln., 12 £. Das Buch enthält informative Einleitungen der Herausgeber zum Gesamtkomplex und zu einzelnen Abschnitten sowie Kurzbiographien zu den Autoren der ausgewählten Texte. Der Zeitraum ab 1900 ist nur knapp dokumentiert.

79 *James J. Sheehan*, German Liberalism in the Nineteenth Century, The University of Chicago Press, Chicago/London 1978, X, 411 S.; zu Vormärz und Revolution s. auch *ders.*, Liberalismus und Gesellschaft in Deutschland 1815—1848, in: *Gall*, (Hrsg.), Liberalismus (Anm. 71), S. 162 ff.; *Sheehan*, Partei, Volk und Staat: Some Reflections on the Relationship between Liberal Thought and Action in Vormärz, in: *Webler* (Hrsg.), Sozialgeschichte heute (Anm. 5), S. 162 ff.

nalen Differenzierungen nachdrücklich verwiesen und ebenfalls davor gewarnt, den frühen deutschen Liberalismus als die Ideologie des Wirtschaftsbürgertums mißzuverstehen. Seine Sozialdaten zur frühliberalen Bewegung müssen zwar noch erheblich verbreitert werden, bevor zuverlässige Aussagen über das Sozialprofil »der« Liberalen möglich sind.⁸⁰ Doch Sheehans Werk, das den besten verfügbaren Überblick über den deutschen Liberalismus des 19. Jahrhunderts gibt, verdeutlicht bereits jetzt, daß die liberalen Bewegungen nicht in Form einer »Gipfelwanderung« über die »Höhen« liberaler Theorien analysiert werden können. Denn zur liberalen Bewegung zählten im Vormärz »Leute aus dem ganzen Spektrum der deutschen Gesellschaft zwischen Landadel und besitzlosen Massen«.⁸¹

Die lokale Verankerung des Frühliberalismus erklärt auch in hohem Maße sein traditionales Gesellschaftsbild. Denn die Gemeindebürger versuchten ihre gewohnte Lebenswelt, die durch den sozioökonomischen Wandel ebenso aufgebrochen wurde wie durch die zentralisierenden Tendenzen staatlicher Eingriffe, gegen Neuerungen abzuschotten.⁸² K.-J. Matz demonstriert dies am Beispiel der gesetzlichen Ehebeschränkungen süddeutscher Staaten.⁸³ Nach einem breiten Überblick über die umfangreiche vormärzliche Pauperismusliteratur und die deutsche Malthus-Rezeption untersucht Matz die langwierigen Verhandlungen, die bis 1871 zur Aufhebung der repressiven Ehegesetze in den süddeutschen Staaten führten. Dargestellt werden auch die Wirkungen dieser Gesetze.⁸⁴ Aufschlußreich für die Erforschung des Frühliberalismus sind die Hinweise des Autors auf die konservative Haltung der Gemeinden. Die Regierungen waren in Fragen des Eherechts »im Vormärz tendenziell »liberaler« [...] als die Liberalen selbst« (S. 191). Eine einheitliche Haltung der Liberalen gab es zwar nicht, doch überwiegend sprachen sie sich mit den gleichen Argumenten für eine »Einschränkung der sozialen Freiheiten« (ebda.) aus, mit denen sie auch die politischen Rechte sozial abstufen wollten. In Krisenphasen konnten so Status-quo-Erhaltungscoalitionen aus Gemeindebürgern und Staatsbürokratien entstehen; etwa in Bayern, wo »1834 eine Koalition aus lauthals klagenden Gemeindevätern und einem von Revolutionsfurcht geplagten Innenminister sich zusammenfand, um die Verehelichungsfreiheit drastisch und einschneidend zu beschränken« (S. 267).

Differenzierungen sind nicht nur innerhalb des liberalen Lagers notwendig, auch die Abgrenzung zu den Demokraten hin wirkt klärend. Für die Revolutionsjahre — darin stimmt die

80 Vgl. insbesondere die wichtige Studie von Wolfgang Schieder, *Der rheinpfälzische Liberalismus von 1832 als politische Protestbewegung*, in: *Vom Staat des Ancien Regime zum modernen Parteienstaat. Festschrift für Theodor Schieder zu seinem 70. Geburtstag*, hrsg. von Helmut Berding u.a., Wien 1978, S. 169 ff.

81 Sheehan, *Liberalismus* (Anm. 79), S. 213.

82 Was dies konkret bedeutete, zeigt am Beispiel eines Dorfes der Tübinger Volkskundler Utz Jeggle, *Kiebingen — Eine Heimatgeschichte*, Tübingen 1977; s. auch Werner K. Blessing, *Umwelt und Mentalität im ländlichen Bayern*, in: *AfS* 19, 1979, S. 1 ff.

83 Klaus-Jürgen Matz, *Pauperismus und Bevölkerung. Die gesetzlichen Ehebeschränkungen in den süddeutschen Staaten während des 19. Jahrhunderts (= Industrielle Welt, Bd. 31)*, Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1980, 311 S., Ln., 78 DM. Matz untersucht den Zeitraum 1830—1871; der Schwerpunkt liegt auf Württemberg und Baden; Bayern und Hessen-Darmstadt werden jedoch einbezogen. Ergänzend zu der von Matz zitierten Literatur: W. R. Lee, *Bastardy and the Socioeconomic Structure of South Germany*, in: *Journal of Interdisciplinary History* 7, 1977, S. 403 ff.; ders., *Population Growth, Economic Development and Social Change in Bavaria, 1750—1850*, New York 1977; wichtig auch Josef Mooser, *Gleichheit und Ungleichheit in der ländlichen Gemeinde*, in: *AfS* 19, 1979, S. 231 ff.; über die Agitation württembergischer Arbeitervereine gegen Eherechtsbeschränkungen in den 1860er Jahren informiert auch (von Matz nicht erwähnt) Wolfgang Schmieder, *Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63—1878*, Hannover 1970, S. 79 ff.

84 Vgl. dazu jetzt weiterführend Michael Mitterauer, *Familienformen und Illegitimität in ländlichen Gebieten Österreichs*, in: *AfS* 19, 1979, S. 123 ff.

neuere Forschung durchweg überein — ist die Trennung von Demokraten und Liberalen, die sich in einem »Zweifrontenkrieg gegen Monarchie und Demokratie«⁸⁵ aufrieben, von kaum zu überschätzender Bedeutung. Das demokratische Vereinswesen, das alle anderen politischen Richtungen an Umfang übertraf, wurde von den Liberalen vielfach als jakobinische Revolutionszentralen mißdeutet. Die Bereitschaft der Demokraten von 1848/49, eine politisch egalitäre Staatsbürgergesellschaft zu wagen, um die politische Revolution zur sozialen Evolution zu kanalisieren, stieß bei den Liberalen auf erbitterte Ablehnung. Sie kämpften für die »parlamentarische Monarchie mit bürgerlichem Klassencharakter«.⁸⁶ Die Monarchie und das eingeschränkte Wahlrecht sollten Dämme gegen die von den Liberalen befürchtete soziale Revolution errichten und die politischen Mitwirkungsrechte der unterbürgerlichen Schichten zumindest auf Zeit begrenzen. Der schon von den vormärzlichen Liberalen angemeldete politisch-gesellschaftliche Führungsanspruch der »Mittelklassen« enthüllte in der Revolution seine doppelte Stoßrichtung: bürgerliches Emanzipationsprogramm gegen die »alten Mächte« und zugleich bürgerliches Herrschaftsprogramm gegenüber dem »vierten Stand«. *Botzenhart*, der diese Doppelpoligkeit detailliert belegt, spricht dezidiert vom antirevolutionären Kurs der deutschen Liberalen, ohne damit jedoch die unsinnige VerratsThese zu unterstützen. Er betont vielmehr zu Recht, daß es verfehlt wäre, die liberale Politik an revolutionären Programmen messen zu wollen, da diese den Liberalen stets völlig ferngelegen hatten.⁸⁷ Die Spaltung der bürgerlichen Revolutionsbewegung in Demokraten und Liberale kam nicht überraschend. Sie bahnte sich in den vorrevolutionären Jahren bereits organisatorisch an,⁸⁸ und in der Theoriediskussion war sie schon vorher vollzogen. Dies haben *Peter Wende* für Arnold Ruge, Julius Fröbel, Johann August Wirth, Gustav Struve, Karl Hagen und Karl Nauwerk sowie *Rainer Koch* für Julius Fröbel überzeugend gezeigt.⁸⁹ Beide Autoren plädieren für ideengeschichtliche Untersuchungen, um historisch wirksame, zeitgebundene Leitbilder zu ermitteln. Vor allem Koch versteht sein wichtiges Werk als eine doppelte Spitze — Ideengeschichte und zugleich Biographie — gegen einen bestimmten Trend in der bundesrepublikanischen Geschichtsforschung. Dies wird aus seinen ausführlichen methodologischen Überlegungen (Kap. III) deutlich. Seine »Sinninterpretation vergangenen intentionalen Handelns« (S. 59) will zeigen, daß eine Rückverlängerung moderner Klassen- und Klassen-

85 *Botzenhart* (Anm. 24), S. 791, s. auch S. 663 ff. Ähnlich *Koch* (Anm. 73); weitere Literatur bei *Langewiesche* (Anm. 12), wo auch die konträre, in der neuesten Forschung aber isolierte Position von *Nipperdey* (Anm. 20) vorgestellt wird. Vgl. diese Arbeiten auch zum Folgenden.

86 *Botzenhart*, (Anm. 24), S. 792.

87 *Ebda.*, S. 90; vgl. *Michael Neumüller*, Liberalismus und Revolution. Das Problem der Revolution in der deutschen liberalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, Düsseldorf 1973.

88 Für 1847 sei hingewiesen auf die bekannten Heppenheimer und Offenburger Treffen; vgl. *Ernst Rudolf Huber*, Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, Stuttgart u.a. 1978, S. 323 ff.; die genauere Erforschung des breiten Assoziationswesens des Vormärz steht noch aus. Grundlegend ist *Thomas Nipperdey*, Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: *ders.*, Gesellschaft, Kultur, Theorie, Göttingen 1976, S. 174 ff.; vgl. *Brandt* (Anm. 73) sowie *Otto Dann*, Die Anfänge politischer Vereinsbildung in Deutschland, in: Soziale Bewegung und politische Verfassung, hrsg. von *U. Engelhardt u.a.*, Stuttgart 1976, S. 197 ff. Zur politischen Polarisierung im breiten Turnvereinswesen vor der Revolution vgl. *Die Körperkultur in Deutschland von 1789 bis 1917*, Bd. II, Berlin [DDR] 1973, S. 146 ff. Auf innerbürgerliche Differenzierungen verweisen auch *Karl Obermann*, Zur Genesis der bürgerlichen Klasse in Deutschland von der Julirevolution 1830 bis zu Beginn der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Geschichte 1977, S. 33 ff.; *Helmuth Bock*, Bürgerlicher Liberalismus und revolutionäre Demokratie, *ebda.* 1975, S. 109 ff.

89 *Peter Wende*, Radikalismus im Vormärz, Untersuchungen zur politischen Theorie der frühen deutschen Demokratie (= Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 11), Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1975, 228 S., brosch., 38 DM; *Koch*, Demokratie (Anm. 21). Vgl. auch *Hans Boldt*, Deutsche Staatslehre im Vormärz, Düsseldorf 1975.

kampfbegriffe auf eine noch vorindustrielle, traditionale Gesellschaft die Wirklichkeit des deutschen Vormärz und auch die Wirkungsmöglichkeiten politischer und sozialer Gruppierungen in dieser Zeit verfehle. Die Vorstellungswelt dieser Gruppen war noch gebunden an die überlieferte Gesellschaftsordnung, deren Zerfall sich jedoch abzeichnete. Dieser Zerfall, sektoral und regional unterschiedlich weit fortgeschritten, prägte das politische Denken, das durch die Suche nach neuen Ordnungsgefügen, und das hieß zugleich: nach neuen Machtordnungen, gekennzeichnet war. Die politischen Verhältnisse erlaubten in der vorrevolutionären Zeit nur die Ausarbeitung solcher Entwürfe, nicht aber deren praktische Erprobung — jedenfalls nicht im staatlichen Bereich, während das breite vormärzliche Assoziationswesen durchaus Möglichkeiten bot, alternative Ordnungsentwürfe zumindest ansatzweise zu erproben. Trotz solcher Freiräume gilt es aber zu betonen, daß die staatlichen Machtverhältnisse einen Vorsprung der Theorie gegenüber der Praxis erzwangen. Erst in der Revolution kehrte sich dieses Verhältnis um.

Wende und Koch demonstrierten die Mittelstellung der Demokraten zwischen liberalen und sozialistischen Theorien. Julius Fröbel, nach Qualität und Umfang seiner Werke einer der fruchtbarsten Theoretiker der Demokratie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, war wie seine Gesinnungsfreunde mittelständisch orientiert. Ihr Ziel war eine »bürgerliche Gesellschaft« mit sozialstaatlichen Existenzsicherungen, »ein emanzipatorisches Rechtsideal in einer mittelständischen Lebenswelt« (Koch, S. 158). Grundlage der politischen Ökonomie und Voraussetzung der individuellen Freiheit blieb in Fröbels Ordnungsentwürfen das Privateigentum. Es hob ihn jedoch scharf von den Liberalen ab, daß er Eigentum als »demokratisches Lebensrecht« begriff.⁹⁰ Die Verfügungsgewalt über das Kapital sollte an zwei Stellen beschnitten werden: »am Erbrecht und an einer ungezügelter Vermehrung in einer Hand« (Koch, S. 151). In ihren konkreten gesellschaftspolitischen Forderungen gingen die Demokraten also weit über das hinaus, was den Liberalen mit »bürgerlicher« Gesellschaftsordnung vereinbar schien. So forderte z. B. Wirth öffentliche Wohngemeinschaften für Alte und Arbeitsunfähige, staatliche Aufsicht in den Fabriken, und der Staat sollte auch die Arbeitszeit regeln, einen Mindestlohn garantieren und für ein allgemeines Schulwesen sorgen.⁹¹

Die mittelständische Orientierung, die »Fixierung auf eine im Kern vorindustrielle berufsständische Gesellschaftsordnung«, erlitt — so belegt Koch am Beispiel Fröbels — einen völligen Funktionswandel, als sie gegen allen gesellschaftlichen Wandel verteidigt wurde: In der nachrevolutionären Zeit machte dies die Anfälligkeit Fröbels für antiliberalen, antidemokratischen und sozialdarwinistischen Ideen aus, was Koch als »präfaschistische Züge in seinen Spätwerken« (S. 258) charakterisiert.

Die Werke von Koch und Wende belegen, welch hoher Erkenntniswert einer politischen Ideengeschichte zukommen kann. Zu wünschen ist aber, daß die ideengeschichtliche Analyse ausgeweitet wird, um in den frühen organisatorischen Verfestigungen demokratische und liberale Strömungen wirkungsgeschichtlich zu erfassen. Der Lebensweg *Robert Blums*, der sich von seinen liberalen Anfängen über den Deutschkatholizismus zu einem gemäßigten Demokraten der Revolutionsjahre entwickelte, bietet sich für eine solche Untersuchung an.⁹² Ein Teil seiner in den Bibliotheken schwer zugänglichen politischen Schriften und eine Auswahl aus seinem literarischen Nachlaß liegen nun in der Edition von *S. L. Gilman* vor.⁹³

90 Koch, S. 147 ff.; vgl. Wende, S. 106 ff.

91 Wende, S. 117.

92 Vgl. *Siegfried Schmidt*, Robert Blum, Weimar 1971.

93 *Robert Blum*, Politische Schriften, hrsg. von *Sander L. Gilman*, KTO Press, Nendeln 1979, 6 Bde., Ln., sFr. 480, —; Bd. 1: Aus dem literarischen Nachlass Robert Blums, XIII, 271 S.; Bd. 2: Vorwärts! Volkstaschenbuch für das Jahr 1843, X, X, 217 S.; Bd. 3: Vorwärts [...] 1844, [...] 1845, VIII, 308 und II, 339 S.; Bd. 4: Vorwärts [...] 1846, VIII, XXXII, 431 S.; Bd. 5: Vorwärts [...] 1847, VIII, 336 S.; Bd. 6: Ausgewählte Reden und Schriften, hrsg. von Hermann Nebel, 1879—1881, VI, 352 S. Daß sich hinter Hermann Nebel Wil-

Sie belegt die Breite seines politisch-sozialen Engagements und die Verklammerung oppositioneller Strömungen unterschiedlichster Bereiche, die in den Revolutionsjahren dann z. T. getrennte Wege gingen bzw. ihre politischen Ventilfunktionen verloren, die sie in den vormärzlichen Obrigkeitsstaaten erfüllt hatten. Die politische Dichtung und die religiösen Oppositionsbewegungen sind dafür Beispiele.⁹⁴

IV.

Die Revolutionsprozesse in Wien und Berlin, zwei Entscheidungszentren der mitteleuropäischen Revolutionen von 1848/49, sind höchst ungleichgewichtig erforscht. Die spektakulären Berliner Ereignisse werden zwar in vielen Revolutionsdarstellungen erwähnt, doch es fehlt eine neuere Gesamtanalyse, und es fehlen Untersuchungen zu wichtigen Teilbereichen der Revolution, wie z. B. dem in Berlin besonders umfangreichen politischen Vereinswesen.⁹⁵ Eine der besten Quellen, aus der zahlreiche Revolutionsdarstellungen schöpfen, ist die nun als Nachdruck vorliegende Berliner Revolutionschronik von *Adolf Wolff*.⁹⁶ Veit Valentin nannte sie einen »wertvollen, wenn auch nicht erschöpfenden Leitfaden der Tagesereignisse auf Grund der ephemeren Literatur«.⁹⁷ Gerade dieses Heranziehen des »Ephemeren« macht die Chronik für Historiker, die die Revolution auf den »unteren« Ebenen untersuchen wollen, unentbehrlich, wie die neuesten Arbeiten zur Presse und vor allem zur Flugschriftenliteratur erneut bestätigen. Diese beiden Bereiche gehören jetzt zu den besterforschten der Berliner Revolution.⁹⁸ R.-E. Geiger untersucht in ihrer literaturwissenschaftlichen Studie die Funktionen der oppositionellen Zeitschriften, die 1848 in großer Zahl in Berlin entstan-

helm Liebknecht verbirgt, geht aus der 2. Auflage und aus der Biographie von *Schmidt* (Anm. 92) hervor. Eine weitere Blum-Edition mit großenteils ungedruckten Briefen: Robert Blum. Briefe und Dokumente, hrsg. von *Siegfried Schmidt*, Leipzig 1981.

94 Vgl. *Jürgen Brederlow*, »Lichtfreunde« und »Freie Gemeinden«. Religiöser Protest und Freiheitsbewegung im Vormärz und in der Revolution von 1848/49, München/Wien 1976; *Friedrich Wilhelm Graf*, Die Politisierung des religiösen Bewußtseins, Stuttgart 1978.

95 S. *Stern*, Die Geschichte des deutschen Volkes in den Jahren 1848 und 1849, Berlin 1850, S. 143 ff., schätzt die Zahl der Vereine auf über 100. Die wichtigste Literatur zu Berlin ist verzeichnet bei *Weigel* (Anm. 98); ereignisgeschichtliches Resümee bei *Pierre-Paul Sagave*, Berlin und Frankreich 1765—1871, Berlin 1980, S. 147 ff.; wenig hilfreich ist *Gerd Heinrich*, Berlin am 18. und 19. März 1848. Märzrevolution, Militäraufgebot und Barrikadenkämpfe. Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin. Nachträge, H. 6 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin), Verlag W. de Gruyter, Berlin/New York 1980, 7 S. und 1 Karte über den Verlauf der Kämpfe vom 18./19. 3. 1848, 38 DM. *Heinrich* behauptet unbelegt, daß »der Aufstand von Agitatoren seit Anfang März geplant« (S. 5) gewesen sei. Das widerspricht allen bisherigen Forschungsergebnissen über den Ausbruch von Revolutionskämpfen 1848 in Paris, Mailand, Wien, Frankfurt, Prag, um die Orte mit den spektakulärsten Ereignissen zu nennen. Eine angemessenere Deutung als *Heinrich* gibt *Rudolf Stadelmann* (Anm. 19), S. 56 f. Neuerdings dazu *Kurt Wernicke*, Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung 1830—1849, Berlin [DDR] 1978, S. 94 ff.

96 *Adolf Wolff*, Berliner Revolutions-Chronik. Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848 nach politischen, sozialen und literarischen Beziehungen, Bd. 1, Berlin 1851, XIV, 494 S.; Bd. 2, 1852, XII, 580 S.; Bd. 3, 1854, XI, 604 S.; Reprint: Zentralantiquariat der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1979, Ln., 320 M. Die Chronik reicht von Ende Februar bis 26. Juni 1848.

97 *Veit Valentin*, Geschichte der deutschen Revolution 1848—1849, Bd. 2, Köln 1970, S. 596; vgl. auch *Ernst Kaeber*, Zur Entstehung von Wolffs Revolutionschronik, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte, Bd. 27, 1914. Wie sehr *Wilhelm Blos*, Die Deutsche Revolution, Stuttgart 1893; Nachdruck: Berlin/Bonn 1978, Wolffs Chronik verpflichtet ist, zeigt *Horst Krause*, Wilhelm Blos, Husum 1980, S. 48 ff.

98 *Sigrid Weigel*, Flugschriftenliteratur 1848 in Berlin. Geschichte und Öffentlichkeit einer volkstümlichen Gattung (= Metzler Studienausgabe), J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stutt-

den.⁹⁹ Sie stellt sie als eine neue Form von Öffentlichkeit vor, die bereits »bürgerliche Anpassungsmechanismen« durchbrochen habe, ohne jedoch schon zur »proletarischen Gegenöffentlichkeit« zu werden. Die analysierten Zeitschriften standen »in enger Verbindung mit Versammlungs-, Klub- und Straßenöffentlichkeit« (S. 220), und sie wirkten in mehrfacher Weise innovativ: ästhetisch, indem Karikaturen und Illustrationen einbezogen wurden; sozial, politisch und organisatorisch, indem der Kreis der Herausgeber und Produzenten sozial ausgeweitet, neue Leserschichten erschlossen und die Distributionsformen erweitert wurden. Eine noch stärkere Breitenwirkung erzielten die Flugschriften, deren Erforschung für die Revolutionsjahre noch in den Anfängen steckt. Nur zu Wien liegt bereits eine Reihe von Studien und eine Bestandsaufnahme von G. Otruba vor.¹⁰⁰ Die Hamburger Literaturwissenschaftlerin Sigrid Weigel hat für Berlin über 2 000 Flugschriften aufgefunden, von denen sie über 300 ausgewertet. Die Flugschriften bieten einen Zugang zur »Straßenöffentlichkeit«, die mit dem Geschehen auf der parlamentarischen Ebene nur indirekt verknüpft war und zudem Bevölkerungskreise erfaßte, die nicht in das Organisationsnetz der Revolutionsjahre integriert waren. Die Themen, die in dieser »Straßenöffentlichkeit« diskutiert wurden, stimmen jedoch stärker, als die Autorin vermutet, mit dem überein, was auch in den politischen Vereinen zur Sprache kam. Man sollte — soweit die bisherige Forschung das erkennen läßt — die

gart 1979, IX, 253 S., kart., 39 DM; Ruth-Ester Geiger, Zeitschriften 1848 in Berlin. Die Zeitschrift als Medium bürgerlicher Öffentlichkeit und ihr erweiterter Funktionszusammenhang in den Berliner Revolutionsmonaten von 1848 (Umschlagtitel: Der Teufel soll die Wühlerpresse holen! Zeitschriften oppositioneller Öffentlichkeit von den Jakobinern zur Berliner März-Revolution 1848), Verlag Klaus Guhl, Berlin 1980, 265 S., kart., 24,80 DM; Berliner Straßenecken-Literatur 1848/49. Humoristisch-satirische Flugschriften aus der Revolutionszeit, Verlag Philipp Reclam jun., Stuttgart 1977, 342 S.; zuletzt dazu mit weiterer Literatur Horst Denkler, Beobachtungen bei der Durchsicht populärer Flugblattreihen aus der Berliner Revolution 1848/49, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur 5, 1980, S. 94 ff. Generell wichtig für den Komplex Flugschriften: Hans-Joachim Ruckhäberle, Flugschriftenliteratur im historischen Umkreis Georg Büchners, Kronberg 1975. Einen Überblick über die Berliner Presse gibt Kurt Wernicke, Beiträge zur frühen Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung (1830—1849), Phil. Diss. Humboldt Universität Berlin [DDR] 1979, Teil III, S. 1—36.

99 Die Verbindungslinien zwischen den Jakobinern und 1848, die sie zieht, bieten dem Historiker kaum etwas Neues (Kap. I). Ein Hauptanliegen von Frau Geiger (Anm. 98) besteht darin, 1848 als Lernfeld für eine heutige »Gegenöffentlichkeit« vorzustellen. Vielleicht ist dadurch die häufige Verwendung von Wörtern wie »entlarven«, »unterschlagen«, »verschleiern« zu erklären. Aus dem Vorwort erfährt man, welch große seelischen und auch körperlichen Gefahren mit wissenschaftlicher Forschung verbunden sein können (S. 8). Die vorhandene historische Fachliteratur wird nur lückenhaft herangezogen. Es fehlt auch eine genauere Auswertung der Literatur, die Zusammenhänge von Presse und Leihbibliotheken untersucht. Vgl. Alberto Martino, Die »Leihbibliotheksfrage«, in: Wolfenbütteler Schriften zur Geschichte des Buchwesens, hrsg. von Paul Raabe, Bd. 3, Hamburg 1980, S. 89 ff.; zu 1848: S. 91.

100 Gustav Otruba, Wiener Flugschriften zur Sozialen Frage 1848, I. Arbeiterschaft, Handwerk und Handel (= Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Materialien zur Arbeiterbewegung, Nr. 9), Europaverlag, Wien 1978, LVI, 246 S., kart., Sh. 168; II. Hof und Adel, Klerus und Kirchen, Bürokratie, Militärs, Bürger und Nationalgarde, Studenten und Universitäten, Bauern, Frauen, Juden (= ebda., Nr. 16), 1980, LII, 388 S.; ein 3. Band zur Nationalitätenfrage ist angekündigt. Die Spezialliteratur ist über die beiden Bände zu erschließen. Sie bieten ein wichtiges Hilfsmittel für die Forschung. Ohne Archivstudium sind die Bände jedoch nicht auszuwerten, da sie Kurzregeste enthalten und nur wenige Flugblätter abgedruckt werden, deren Druckqualität vor allem im Bd. II so schlecht ist, daß viele nicht zu entziffern sind. — Die nicht-österreichische deutsche Flugblattliteratur wird bei Weigel (Anm. 98) genannt. Hingewiesen sei vor allem auf Karl Obermann, Flugblätter der Revolution, Berlin [DDR] 1970; gekürzt: München 1972.

Flugschriftenliteratur deshalb weniger als Gegenpol zur »Vereinsöffentlichkeit« sehen, sondern vielmehr als ein Bindeglied zwischen dieser und nicht-organisierten, politisch aber dennoch aktiven Bevölkerungsschichten. Um diese zu mobilisieren, wurden vielfältige literarische Stilmittel, die Weigel ausführlich analysiert, und Karikaturen eingesetzt.¹⁰¹ »Spontan« bildete sich diese Form von Öffentlichkeit nicht; sie war vielmehr in hohem Maße kommerzialisiert.¹⁰² Was sich als »Gegenöffentlichkeit« präsentierte, ließ sich durchaus vermarkten. Welche Auswirkungen dies auf die politisch-gesellschaftlichen Werte hatte, die Flugschriften vermittelten, bedarf noch eingehender Untersuchungen.

Während die Berliner Revolution nur bruchstückhaft erforscht ist, liegen für Wien mit den Studien von *Herbert Steiner*, dessen Buch umfassender ist, als der Titel vermuten läßt,¹⁰³ und vor allem mit der Habilitationsschrift von *Wolfgang Häusler*¹⁰⁴ jetzt vorzügliche Analysen vor. Die Autoren sehen den Revolutionsverlauf in erster Linie geprägt durch die unterschiedlichen Klasseninteressen von Bürgertum und Arbeiterschaft und durch die unklare Position kleinbürgerlicher Schichten. Dieser Zerfall der Revolutionsbewegung entlang der Klassenlinie charakterisierte bereits die revolutionäre Anfangsphase, denn entsprechend der Segregation der Wiener Wohngebiete kam es zu einer »bürgerlichen« Revolution in der Innenstadt und zu einer parallel verlaufenden »proletarischen« Revolution in den Vorstädten und Vororten (Häusler, S. 139 ff.). Diese beiden Bewegungen waren nach sozialer Rekrutierung der Teilnehmer, nach Zielsetzungen und auch hinsichtlich der Artikulationsformen klar unterschieden. In der Innenstadt überwog das Bürgertum, das allerdings auch hier von den Teilnehmern aus unterbürgerlichen Schichten und vor allem von den Studenten vorangetrieben wurde. Man stellte die bekannten Märzforderungen, formierte eine Nationalgarde und die studentische akademische Legion. Mit dem Verfassungsversprechen vom 15. März sah diese bürgerlich-liberale Bewegung die Revolution als beendet an. In dieser auf Bewahrung von »Ruhe und Ordnung« gerichteten Haltung wurde das Bürgertum bestärkt durch die Märzunruhen in den Vorstädten und Vororten Wiens. Hier gab es noch keine klaren politischen Zielsetzungen, sondern Unruhen in der Tradition der alten Volksaufstände, die keineswegs blindwütig und ziellos verliefen, wie man vielfach gemeint hat. Durch diese Unruhen, auf deren Verlaufsformen noch zurückzukommen ist, sah das Bürgertum sein Eigentum bedroht. Es machte deshalb gemeinsam mit dem Militär Front gegen die Unruhen der Arbeiter und der kleinen Gewerbetreibenden. Der »Kampf zwischen den Untertanen« (Häusler, S. 154) setzte also schon in der Anfangsphase der Revolution ein. Das weitere Geschehen bis zur Liquidation der Wiener Revolution durch die Truppen von Windischgrätz im Oktober 1848 ana-

101 Vgl. dazu die bei *Weigel* nicht zitierte Studie von *W. A. Coupe*, *The German Cartoon and the Revolution of 1848*, in: *Comparative Studies in Society and History* 9, 1967, S. 137 ff., sowie *Hartmut Hartwig/Karl Riha*, *Politische Ästhetik und Öffentlichkeit. 1848 im Spaltungsprozeß des historischen Bewußtseins*, Fernwald-Steinach/Wismar 1974. Eine stimulierende Deutung mit Hinweisen auf 1848 gibt *Eric Hobsbawm*, *Man and Woman in Socialist Iconography*, in: *Workshop* 6, 1978, S. 121 ff. Zwei billige (DM 6,80) im Format aber stark verkleinerte Nachdrucke wichtiger Karikaturen der Revolutionsjahre bietet die Reihe »Die bibliophilen Taschenbücher« (Nr. 3 und 118): *Kladderadatsch*, Berlin ¹1948, Dortmund ³1978; *Detmold und Schröder*, *Thaten und Meinungen des Abgeordneten Piepmeyer*. Nachwort von *Rudolf Theilmann*, Dortmund 1979.

102 *Weigel*, S. 177 ff., und vor allem *Denkler* (Anm. 98).

103 *Herbert Steiner*, *Karl Marx in Wien. Die Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Restauration 1848*, Europaverlag, Wien/München/Zürich 1978, 223 S., Pb., 43 DM. *W. Häusler* verfaßte ein Vor- und ein Nachwort. Das Buch enthält viele Abdrucke zeitgenössischer Flugblätter und Illustrationen. Viele Hinweise zu Wien und zu den Auswirkungen der Wiener Revolution auf das Umland bei *Karl Flanner*, *Die Revolution von 1848 in Wiener Neustadt*. Mit einer Einleitung von *Wolfgang Häusler*, Wien 1978.

104 Siehe Anm. 3. *Häusler* hat Teilbereiche dieser Studie auch in zahlreichen Aufsätzen vorgestellt.

lysieren Häusler und Steiner detailliert und zitatreich aus der Perspektive der Arbeiterschaft und der bürgerlichen Demokraten. Als Grundmuster der Entwicklung läßt sich aus den beiden Arbeiten ein wechselseitiger Lernprozeß herauslesen, in dem sich die Fronten zwischen den politischen Bewegungen verhärteten und zugleich klärten. Teile der Arbeiterschaft organisierten sich und entwickelten eigenständige Ziele, die weit über die Revolutionserwartungen aller Richtungen des Bürgertums hinausgingen. In diesem Organisations- und Reflexionsprozeß wurde sich der politisch aktive Teil der Arbeiterschaft der Problematik proletarischer Binnendifferenzierungen bewußt: »Werft nieder die chinesische Mauer des Kastenwesens, zerreißt die Zwangsjacke des Vorurteils, vertilgt in Eurem Herzen den Stolz der Arbeiter-Aristokratie«, wie ein Setzer 1848 schrieb (Häusler, S. 319).

Die politischen Erfolge des Revolutionsjahres wurden von den Arbeitern zwar entschieden verteidigt, entschiedener als vom Bürgertum, wie sich vor allem in den Oktoberkämpfen zeigte, doch die politische Demokratie galt den Arbeitern nicht als Endziel, sondern als ein Mittel, die erstrebte »soziale Demokratie« (Recht auf Arbeit) zu verwirklichen. Diese Forderungen und das selbstbewußte Auftreten von Arbeitern kennzeichnen den Lernprozeß, den Teile der Arbeiterschaft 1848 durchliefen, zugleich löste dies jedoch in Wien wie überall in den städtischen Revolutionen von 1848 auch auf Seiten des Bürgertums einen widerspruchsvollen Lernprozeß aus. »Das« Bürgertum ist allerdings eine Fiktion, denn die verschiedenen Fraktionen reagierten höchst unterschiedlich. Der liberale Teil des Bürgertums zeigte sich über das Auftreten der Arbeiterschaft zutiefst verschreckt und suchte das Bündnis mit den Vertretern der »alten Mächte«. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der zuvor referierten deutschen Forschungen. Das von Häusler gezeichnete Bild der Liberalen bleibt allerdings blaß. Die Liberalen tauchen vor allem als negative Kontrastgruppe zu den Demokraten auf, deren Politik er genau analysiert. Auch im bürgerlich-demokratischen Lager vollzog sich ein Lernprozeß, denn Teile der Demokraten wurden von den Forderungen der Arbeiter veranlaßt, sich mit sozialistischen Theorien zu beschäftigen und sich für das Programm der »sozialen Demokratie« zu öffnen. Diesen Schritt vollzog aber nur eine Minderheit. Auch dies stimmt mit den Forschungen zur Entwicklung in Deutschland überein.

Vor allem im Verhalten des Kleinbürgertums zeigte sich eine widerspruchsvolle Mischung aus politisch-progressiven Forderungen (»demokratische Monarchie«) und rückwärtsge wandten antikapitalistischen Sehnsüchten, die anfällig machten für irrationale Ideologien. Deutlich sichtbar wurde dies bereits 1848 im Antisemitismus vieler kleiner Gewerbetreibenden. Wie sehr die »Revolte des Kleinbürgertums« (Häusler, S. 348 ff.) wirtschaftlich motiviert war, belegt Häusler in seinen informativen Ausführungen über die Versuche, eine nicht-kapitalistische, zinslose Form der Darlehnsbeschaffung zu organisieren. Das Scheitern dieser Versuche führte zu einer Radikalisierung, die im September 1848 an den Rand eines politisch ziellosen Aufstandes führte, gegen den Teile des Bürgertums Front machten und von dem sich die Arbeiterschaft fernhielt. Diese Zersplitterung des bürgerlichen Lagers und die Kompromißbereitschaft der Liberalen, aber auch großer Teile des demokratischen Bürgertums, das wie in Deutschland eine »autorisierte Revolution« — so eine zeitgenössische Formulierung — wollte, war nach Häuslers Analyse die Hauptursache für das Scheitern der Revolution.

V.

Das Ausmaß der in den Revolutionsjahren erreichten Politisierung läßt sich an vielen politisch-gesellschaftlichen Teilbereichen erkennen. Neben den bisher vorgestellten Handlungsebenen, Institutionen und Organisationen sind auch jene Gruppen zu beachten, die ihre spezifischen Interessen z. T. isoliert, z. T. in unterschiedlicher Intensität innerhalb der zuvor genannten Bereiche vertraten. Erwähnt wurde bereits der politische Katholizismus, der in den Piusvereinen über außerparlamentarische Organisationen verfügte, in der Paulskirche

zeitweise eine interfraktionelle Gruppierung bildete und sich mit dem Katholikentag 1848 ein öffentliches Forum schuf. Die evangelischen Kirchen waren in der Umsetzung der revolutionären Impulse für kirchenpolitisch-konfessionelle Interessen weniger erfolgreich. Obgleich die enge Verbindung von Landesherrn und Kirchenregiment eine zurückhaltende bis ablehnende Position der evangelischen Kirchen gegenüber der Revolution förderte, kann man nicht von einer einheitlichen Haltung evangelischer Theologen sprechen. Dies hatte bereits die ältere Forschung gezeigt, und es wird nun durch die Beiträge eines Sammelbandes des Jahrbuchs »Pietismus und Neuzeit« bestätigt, der einige Aufschlüsse über einen bisher zu wenig untersuchten Bereich der Revolution bietet.¹⁰⁵ Deutlich wird auch, wie unterschiedlich die Verhältnisse in den Einzelstaaten gelagert waren. Während *Walter Göbell* in seinem Beitrag zu Schleswig-Holstein hervorhebt, daß die evangelischen Geistlichen zwar in die politischen Auseinandersetzungen zugunsten der deutschen Nationalbewegung eingriffen, ohne damit aber eine Unterstützung der politisch-sozialen Revolutionsbewegung zu beabsichtigen, bot sich in Baden (*Hermann Rückleben*) eine völlig andere Situation. Gegen etwa 7 Prozent der badischen evangelischen Pfarrer wurden nach dem Scheitern der Revolution wegen ihres politischen Engagements Untersuchungen durchgeführt. Diese Pfarrer kamen nur z. T. aus dem Kreis der theologischen Rationalisten, die sich in den Revolutionsjahren wie die politische Bewegung des Bürgertums spalteten. So sehr die Haltung evangelischer Theologen in der Revolution auch variierte, die Folgen des Scheiterns der Revolution waren eindeutig. Die Kirche, so konstatiert *Gerhard Schäfer* für Württemberg, wurde pietistisch und der Pietismus kirchlich (S. 63). Die Pietisten rühmten sich wohl nicht zu Unrecht, einen gewichtigen Beitrag zum Scheitern der Revolution geleistet zu haben.¹⁰⁶ Dies hat innerhalb der evangelischen Kirchen des 19. Jahrhunderts den »Prozeß der Verdrängung gesellschaftlicher Wirklichkeit« vorangetrieben.¹⁰⁷

Zu den großen Problemkomplexen im Verhältnis Staat-Gesellschaft-Kirchen zählt auch die Judenemanzipation. *Jacob Toury*, der beste Kenner der jüdisch-deutschen Geschichte in den Revolutionsjahren, hat 1848/49 als »innerjüdischen Wendepunkt«¹⁰⁸ bezeichnet: »Ende

105 Pietismus und Neuzeit. Ein Jahrbuch zur Geschichte des neueren Protestantismus, im Auftrag der Historischen Kommission zur Erforschung des Pietismus, hrsg. von *Martin Brecht, Friedrich de Boor, Klaus Deppermann, Hartmut Lehmann, Andreas Lindt, Johannes Wallmann*, Bd. 5, 1979: Schwerpunkt: Die evangelischen Kirchen und die Revolution von 1848, Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1980, 316 S., Pb., 48 DM; vgl. *Klaus Erich Pollmann*, Protestantismus und preußisch-deutscher Verfassungsstaat, in: Staat und Gesellschaft im politischen Wandel, hrsg. von *Werner Pöls*, Stuttgart 1979, S. 280 f.; von den älteren Studien s. insbesondere *Martin Schmidt*, Die Bedeutung des Jahres 1848 für die evangelische Kirchengeschichte Deutschlands, in: *Zeichen der Zeit* 2, 1948, S. 307 ff., 408 ff.; *Ernst Schubert*, Die evangelische Predigt im Revolutionsjahr 1848, Gießen 1913. Natürlich sind auch die bekannten Kirchengeschichten heranzuziehen.

106 Vgl. *Martin Scharfe*, Pietistische Moral im Industrialisierungsprozeß, in: Religion und Moral, hrsg. von *Burkhard Gladigow*, Düsseldorf 1976, S. 27 ff., hier S. 45.

107 *Rudolf von Thadden*, Kirche im Schatten des Staates?, in: Geschichte und Gesellschaft, SH 6, Preußen im Rückblick, hrsg. von *Hans-Jürgen Puhle* und *Hans-Ulrich Wehler*, Göttingen 1980, S. 146 ff., Zitat S. 175; vgl. *Rainer Marbach*, Säkularisierung und sozialer Wandel im 19. Jahrhundert, Göttingen 1978, S. 35.

108 *Jacob Toury*, Die Revolution von 1848 als innerjüdischer Wendepunkt, in: Das Judentum in der deutschen Umwelt 1800—1850, hrsg. von *Hans Liebeschütz* und *Arnold Pauker*, Tübingen 1977, S. 359 ff.; Zitat S. 370; *Toury*, Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847—1871, Düsseldorf 1977, dort weitere Literatur. Neuerdings *Abraham Gilam*, German Village Jewry and the Revolution of 1848: The Evidence of the Scroll of Baisingen, in: *East European Quarterly* 13, 1979, S. 125 ff. sowie *Mosche Zimmermann*, Hamburgischer Patriotismus und deutscher Nationalismus. Die Emanzipation der Juden in Hamburg 1830—1865, Hamburg 1979, S. 154 ff.

der Ghetto-Existenz, aber auch [...] Schlüsselpunkt einer Wandlung im jüdischen Sein. Der traditionsgebundene, primär religiös orientierte Jude hatte sich zu einem neuen säkularisierten und politisierten, im Deutschtum akkulturierten Bürger jüdischer Konfession gewandelt, der sich von der Anerkennung und völligen Aufnahme seitens des deutschen Besitz- und Bildungsbürgertums nur noch durch eine letzte Reaktionswelle getrennt glaubte«.

Begonnen hatte die Revolution, an der sich die deutschen Juden nicht in eigenen, getrennten Organisationen, sondern innerhalb der allgemeinen Revolutionsbewegungen beteiligten, mit zahlreichen antijüdischen Ausschreitungen. Mit der Verabschiedung der Grundrechte durch die deutsche Nationalversammlung im Dezember 1848 schien dann jedoch die verfassungsmäßig abgesicherte Emanzipation vollständig erreicht zu sein. Das Scheitern der Revolution bedeutet aber schließlich auch hier Einschränkungen und Rückschritte, wenngleich nicht völlige Rücknahme des Emanzipationsschubs. Symbol der untrennbaren Verknüpfung von Emanzipation der Juden und der Gesamtgesellschaft war das Schicksal revolutionärer Aktivistinnen in Wien. Dort fand die Gleichberechtigung der Konfessionen, die in der deutschen Nationalversammlung, in den außerparlamentarischen Organisationen und auch auf den Barrikaden schon praktiziert worden war, ihr vorläufiges Ende als konfessionelle Gleichberechtigung vor dem Standgericht der Reaktion: der Katholik Wenzel C. Messenhauser, der Deutschkatholik Robert Blum, der Protestant Alfred Julius Becher und der Jude Hermann Jellinek wurden hingerichtet.¹⁰⁹

Zu den bislang viel zu wenig untersuchten Wirkungen der Revolution gehört das politisch-gesellschaftliche Engagement von Frauen. Der Deutschkatholizismus hatte die Frauen zwar schon vor der Revolution in ihren Gemeinderechten den Männern gleichgestellt,¹¹⁰ doch in den Revolutionsjahren bedeutete die Mitarbeit in der demokratischen Bewegung keineswegs zugleich die Bereitschaft, Frauen in den Kreis vollberechtigter Staatsbürger einzubeziehen. Gerade in den Flugschriften, die der »Volksmeinung« besonders nahe waren, herrschte die Ablehnung aller Emanzipationsbestrebungen vor, die z. T. mit den Mitteln der Pornographie gerügt wurden.¹¹¹ Eine Teiledition der Frauen-Zeitung von *Louise Otto*¹¹² ermöglicht nun einen zumindest partiellen Zugang zu diesem Bereich der Revolution. Louise Ottos Artikel »Die Freiheit ist untheilbar« in der Probenummer ihrer Zeitung vom 21. April 1849 umreißt eine Dimension der allgemeinen gesellschaftlichen Emanzipationsproblematik, die den Männern, auch den demokratisch engagierten Männern, 1848/49 in der Regel noch fremd war. Welch hohe Bedeutung dem Wirken von Frauen in der Revolution zukam, belegen auch zwei neuere Studien von unterschiedlichem Niveau zum Leben von Mathilde Franziska Anneke, die zeitweilig unter dem Namen ihres Mannes, der verhaftet war, die Neue Kölnische Zeitung redigierte.¹¹³

109 Wolfgang Häusler, Demokratie und Emanzipation 1848, in: *Studia Judaica Austriaca*, Band I: Das Judentum im Revolutionsjahr 1848, Wien 1974, S. 92 ff.; hier S. 107; vgl. ders., Konfessionelle Probleme in der Wiener Revolution von 1848, ebda., S. 64 ff.

110 Graf (Anm. 94), S. 103.

111 Viele Hinweise bei Weigel (Anm. 98), S. 76 ff. (mit Literatur); Geiger (Anm. 98); Häusler (Anm. 3); Steiner (Anm. 103); Otruba, Bd. II (Anm. 100).

112 Dem Reiche der Freiheit werb' ich Bürgerinnen. Die Frauen-Zeitung von Louise Otto, hrsg. von Ute Gerbard, Elisabeth Hannover-Drück, und Romina Schmitter, Frankfurt/M. 1980. Vgl. auch Louise Otto, Die Teilnahme der weiblichen Welt am Staatsleben, in: Blum, Bd. 5 (Anm. 93), S. 37 ff.

113 Maria Wagner, Mathilde Franziska Anneke in Selbstzeugnissen und Dokumenten, Frankfurt/M. 1980; Frauen im Aufbruch. Frauenbriefe aus dem Vormärz und der Revolution von 1848, hrsg. von Fritz Böttger, Berlin [DDR] 1977 und Darmstadt/Neuwied 1979; Martin Henkel/Rolf Taubert, Das Weib im Conflict mit den socialen Verhältnissen. Mathilde Franziska Anneke und die erste deutsche Frauenzeitung, Verlag edition égalité, Bochum 1976, 142 S.; Abdruck ihrer »Memoiren einer Frau aus dem badisch-pfälzischen Feldzug«, S. 63–121. Zu beachten sind

Besser, aber keineswegs hinreichend ist die universitäre Reformbewegung untersucht, die von der Revolution ausgelöst wurde.¹¹⁴ Während *Eberhard Sieber* die Reformversuche der Tübinger Professoren und Studenten in das revolutionäre Geschehen der Universitätsstadt einbezieht und eine für die Tübinger wie für die gesamtdeutsche Universitätsreformbewegung gleichermaßen aufschlußreiche Quellensammlung vorlegt, untersucht *Wolfgang König* die 1848/49 an den drei bayerischen Universitäten München, Erlangen und Würzburg unternommenen Reformversuche, die vor allem auf Veränderungen in drei Bereichen zielten: die Stellung der Universität in Staat und Gesellschaft, die Organisationsstruktur der Universitäten und die Form der Ausbildung von Studenten und wissenschaftlichem Nachwuchs. Ein Hauptergebnis dieser Studien ist in dem detailliert geführten Nachweis zu sehen, daß die Reformbestrebungen trotz der Reformkräfte über Ländergrenzen hinweg gewichtige lokale Unterschiede aufwiesen, die generelle Charakterisierungen erschweren.

Die Fronten zwischen bzw. in den Universitäten entsprachen den allgemeinen politischen Richtungen, in die sich das Bürgertum in den Revolutionsjahren spaltete. König unterscheidet eine konservative, eine gemäßigt liberale und eine radikalliberale Richtung. Die Konservativen zielten in erster Linie auf die Stärkung korporativer Bindungen, die sie den egalisierenden Tendenzen moderner Staatlichkeit entgegensetzen wollten. Auch die Forderung der gemäßigt liberalen Reformer nach Autonomie der Universität beruhte zum erheblichen Teil auf ständischem Denken. Hier zeigt sich erneut die traditionale Wertorientierung des deutschen Frühliberalismus. Die Liberalen wollten jedoch im Gegensatz zu den Konservativen die Universität zur Gesellschaft hin öffnen, indem neue politikbezogene Fächer wie Rhetorik und Politik eingerichtet und durch weitestgehende Beseitigung aller Reglementierungen von Lehre und Studium die liberalen Freiheitsprinzipien gestärkt werden sollten.

Radikalliberale Reformer stellten an den deutschen Universitäten nur eine Minderheit. Sie lehnten die Forderung nach korporativer Autonomie der Universitäten strikt ab, da die korporativen Rechte auch nach den Zielvorstellungen der gemäßigten Liberalen auf die einzelnen Hochschullehrergruppen ungleich verteilt bleiben sollten. Dem stellten die Radikalliberalen einen Begriff der Selbstverwaltung entgegen, nach dem alle wissenschaftlich gleichrangig Qualifizierten die gleichen Rechte innerhalb der Universität besitzen sollten. Diese Forderung billigte auch das bayerische Kultusministerium, das darüber hinaus stärker zwischen den Hochschullehrergruppen nivellieren wollte, als es die radikalsten bayerischen Reformer anstrebten.

die Korrekturen von *Wagner* an *Henkel/Taubert*. Die beiden Autoren hätten gut daran getan, das »Imponiergehabe von Autoren« (S. 140) — damit meinen sie den wissenschaftlichen Apparat — ernstzunehmen, dann wären sie vielleicht vor zahlreichen unsinnigen Formulierungen bewahrt worden, wie etwa: Die Paulskirche »war in Wahrheit nicht viel mehr, als ein von niemandem legitimierter Professorenstammtisch« (S. 42).

- 114 *Eberhard Sieber*, Dokumente zur gescheiterten Tübinger Universitätsreform in der Revolution von 1848/49 (= Contubernium. Beiträge zur Geschichte der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Bd. 8, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1977, X, 170 S., kart., 39,80 DM; vgl. *ders.* (Anm. 40) sowie *ders.*, Der politische Professor um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: 500 Jahre Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Beiträge zur Geschichte der Universität Tübingen 1477 bis 1977, Tübingen 1977, S. 285 ff.; *Wolfgang König*, Universitätsreform in Bayern in den Revolutionsjahren 1848/49 (= Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte, Beiheft 8, Reihe B), C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1977, 303 S., engl. brosch., 30 DM; knapper Gesamtüberblick: *Heide Walther*, Die Revolution des Jahres 1848 und die Reform der Universitäten in Deutschland, in: Freiburger Universitätsblätter 9, 1970, H. 29, S. 19 ff.; die bei *Sieber*, Dokumente, S. 170, zitierte Dissertation (1976) der Autorin (Die deutschen Universitäten in der Revolution von 1848/49) war mir nicht zugänglich.

Obwohl die Reformversuche scheiterten, blieben sie nicht folgenlos. Auch in Bayern wurde die staatliche Reglementierung des gesamten Universitätslebens dauerhaft gelockert. Nicht wenige Probleme, die 1848/49 zur Debatte standen, belasten auch noch heute die Universitäten. Hochschulpolitiker aller Richtungen sollten sich deshalb die Zeit gönnen, die genannten Studien zur Kenntnis zu nehmen.¹¹⁵

VI.

Zur organisierten außerparlamentarischen, aber parlamentsbezogenen Handlungsebene gehört auch die breite Petitionsbewegung, für die zwar bereits etliche auf bestimmte Petitionsthemen und Regionen konzentrierte Studien vorliegen, die nun aber von *Heinrich Best* erstmals unter Anwendung sozialwissenschaftlicher Quantifizierungstechniken in einer für die gesamte Revolutionsforschung wichtigen Arbeit untersucht worden ist.¹¹⁶ Daß ohne solche Techniken die Petitionen nur bruchstückhaft analysiert werden können, liegt auf der Hand:

115 Neben den skizzierten Bereichen, in denen sich der Mobilisierungseffekt der Revolution zeigte, sind weitere zu beachten, für die die Forschungslage unzureichend ist: etwa die Bedeutung der Mediziner in der Revolution. Virchow ist hier zu nennen; vgl. die Hinweise mit Literaturangaben bei *Klaus Dörner*, Bürger und Irre, Frankfurt 1974, S. 307 f.; *Dirk Blasius*, Der verwaltete Wahnsinn, Frankfurt 1980, S. 37 ff.; *Wolfgang Häusler*, Die Revolution von 1848 und die Wiener Mediziner, in: Österreichische Ärztezeitung 28, 1973, S. 883 ff.; *W. Genschorek*, Die medizinische Reformbewegung während der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49 im Königreich Sachsen, Diss. A. Leipzig 1973. Auch A. Jacobi war Mediziner, vgl. dazu *Arno Herzig*, Abraham Jacobi. Die Entwicklung zum sozialistischen und revolutionären Demokraten. Briefe, Dokumente, Presseartikel (1848—1853), Minden 1980. Zum Verhalten von Volksschullehrern und zu ihren Organisationsbemühungen zuletzt (mit Literatur) *Douglas R. Skopp*, Auf der untersten Sprosse: Der Volksschullehrer als »Semi-Professional« im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft 6, 1980, S. 383 ff. Zu den Bürgerwehren gibt es zahlreiche verstreute Hinweise und Lokalstudien; vgl. etwa *Paul Sauer*, Revolution und Volksbewaffnung, Ulm 1976 (zu Württemberg). Zum Militärwesen zusammenfassend: *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648—1939*, Teil IV, 1, München 1975, Teil IV, 2, München 1976, sowie *Jörg Callies*, Die bayerische Armee in der Revolution von 1848—49, Boppard 1976. Zu Österreich jetzt *Alan Sked*, The Survival of the Habsburg Empire. Radetzky, the Imperial Army and the Class War, 1848, Longman Group, London/New York 1979, XIV, 289 S., Ln., £ 13,95. Auf Skeds Auseinandersetzung mit der Forschung zur österreichischen Militärpolitik kann ich hier nicht eingehen (vgl. aber Abschnitt VII). Sked vertritt die Auffassung, daß es im Militärbereich keine Divide-et-impera-Politik gegenüber den Nationalitäten gegeben habe. Vgl. dagegen zuletzt *Istvan Deak*, An Army Divided. The Loyalty-Crisis of the Habsburg Officer Corps in 1848—1849, in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte 8, 1979, S. 207 ff.

116 *Heinrich Best*, Interessenpolitik und nationale Integration (Anm. 75). Teilergebnisse daraus: ders., Die regionale Differenzierung interessenpolitischer Orientierungen im frühindustriellen Deutschland, in: Industrialisierung und Raum, hrsg. von *Rainer Fremdling* und *Richard Tilly*, Stuttgart 1979, S. 251 ff.; *Best*, Die quantitative Analyse inhaltlicher und kontextueller historischer Dokumente. Das Beispiel der handelspolitischen Petitionen an die Frankfurter Nationalversammlung, in: Quantitative Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung, hrsg. von *dems.* und *Reinhard Mann*, Stuttgart 1977, S. 162 ff. Die vorliegenden Petitionsstudien sind bei *Best* (Anm. 75) zusammengestellt. Zu ergänzen sind Arbeiten über kommunale Adreßbewegungen. Vgl. etwa *Anette Zwahr*, Zur Politik der Bourgeoisie in Sachsen von Februar bis September 1848, in: Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung (Anm. 3), S. 331 ff.; *dies.*, Sachsen im März 1848. Die Kommunen im Ringen um den Sturz der Regierung von Könneritz, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 7, 1979, S. 35 ff. Ein informatives Petitionskapitel enthält der ungedruckte Quellen veröffentlichende Band: *Erhard Hartstock/Peter Kunze* (Hrsg.), Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49 in der Lausitz. Dokumente zum Verlauf und zur Wirkung der Revolution im deutsch-sorbischen Gebiet, Bautzen [1977].

1848/49 gingen allein bei der Frankfurter Nationalversammlung etwa 25 000 bis 30 000 Petitionen ein, und obwohl Best »nur« die handelspolitischen Petitionen auswertet, sind das doch immerhin 3 775 mit etwa 396 000 Unterschriften.

Bevor einige Ergebnisse vorgestellt und einige Annahmen des Autors kritisiert werden, sei nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Bests Studie neben der im Mittelpunkt stehenden Petitionsanalyse die handelspolitischen Debatten des Vormärz und die handelspolitischen Entscheidungsprozesse zwischen nationalen Institutionen (Nationalversammlung und Zentralgewalt) und einzelstaatlichen Regierungen darstellt. Dies ist um so wichtiger, als trotz der Arbeit von Botzenhart^{116a} bisher wenig bekannt ist, wie sich die Tätigkeit der Reichsregierungen in der Praxis konkret vollzogen, welche Hilfsmittel zur Verfügung standen, wie die Verbindungen zwischen Reichsregierung und Länderregierungen funktionierten. Auch dies gehört zur Praxis des Parlamentarismus.

Petitionen, so belegt Best, waren 1848/49 keine spontanen Manifestationen, sondern hochgradig organisiert.¹¹⁷ Etwa 89 Prozent aller handelspolitischen Petitionen bezeichnet er als Sammelpetitionen, d. h. sie wurden von Organisationen vorformuliert und überregional verteilt. Dies gelang den Schutzzöllnern am besten, auf die etwa 93 Prozent aller Petitionen entfielen. Best legt detaillierte Daten über die verschiedenen Petitionswellen vor, über die regionale Verteilung und vor allem über das soziale Einzugsfeld der Petitionen. Zudem ermittelt er mit einer Methode, die so kompliziert ist wie ihr Name (Konfigurationsfrequenzanalyse), Interaktionsmuster, die er graphisch darstellt, so daß auch der Laie in Sachen Statistik erkennen kann, welche Sozialgruppen im Petitionswesen zusammenarbeiteten und welche nicht oder kaum. Daß dies von hoher Aussagekraft für die Frage nach Klassengrenzen und klassenübergreifenden Strömungen in den Revolutionsjahren sein *kann*, steht außer Frage — ein erneuter Hinweis darauf, daß die gesamte Revolutionsforschung, die sich mit den zahlreichen innenpolitischen Konfliktfeldern beschäftigt, Bests Studie intensiv zur Kenntnis nehmen sollte.

Ein paar vielleicht nicht völlig unwichtige Einwände fordert aber auch dieses wichtige Werk heraus. Bests Auffassung, daß Petitionen die »geeigneteren Datenquelle [seien], wenn es darum geht, politische Einstellungen und Verhaltensweisen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen vergleichend zu untersuchen«, da es sich bei Petitionen um eine »Form politischen Handelns mit relativ geringem Schwellenwert [handelt], die wenig Qualifikationen und keine Risikobereitschaft erforderte« (S. 126), halte ich in dieser Form für falsch. Diese hohe Aussagekraft für »Massenstimmungen« mag auf bestimmte Petitionsthemen wie etwa Grundrechte, konfessionelle Fragen, sozialpolitische Probleme oder die Frage der Staatsform zutreffen, nicht jedoch für die von Best untersuchten handelspolitischen Themen. Denn handelspolitische Differenzen zählten weder in der Frankfurter Nationalversammlung noch in den außerparlamentarischen Organisationen zu den zentralen Streitfragen, an denen sich die politisch-sozialen Richtungen schieden. Die Programme der Fraktionen und der politischen Vereine sowie die programmatischen Forderungen der vielen Versammlungen und Kongresse der großen politisch-sozialen Richtungen enthalten handelspolitische Forderungen entweder nicht oder eher beiläufig als eine Forderung unter vielen. Lediglich 23 Arbeiter- und Gesellenvereine — eine kleine Zahl, entgegen Bests Annahme (S. 172) — sowie der Berliner Arbeiterkongreß sandten 1848/49 handelspolitische Petitionen nach Frankfurt. Und auch im Forderungskatalog dieses Arbeiterkongresses spielten handelspolitische Probleme ebenso wie in den Diskussionen, die in den Organen der Arbeitervereine geführt wurden, eine allenfalls marginale Rolle. Die Fraktion Deutscher Hof erklärte sogar ausdrücklich, daß bei »Gegenständen der Handelspolitik«¹¹⁸ der Fraktionszwang nicht gelte; die anderen

116a Siehe Anm. 24.

117 Ob dies auch für Petitionen an »untere« Stellen gilt (etwa Standesherrn, Länderparlamente), wäre noch zu prüfen.

118 Zitiert nach Boldt (Anm. 28), S. 186; dort auch die Programme der genannten Organisationen.

Fraktionen gingen ganz über die Handelspolitik in ihren Programmen hinweg. Kurz: die Handelspolitik war ein Problembereich, an dem sich die politischen Geister nicht trennten, sie war keine »Parteisache«, um die man sich bis zur politischen und organisatorischen Spaltung gestritten hätte. Best selbst belegt quantitativ, daß die Handelspolitik nicht zu den zentralen Konfliktfeldern der Revolution gehörte, denn die organisatorische Schwäche der Freihändler reicht nicht aus, um zu erklären, warum 93 Prozent aller handelspolitischen Petitionen schutzzöllnerisch waren. Pointiert gesagt: Die Handelspolitik bildete einen der Harmoniebereiche in der Revolution. Die Analyse handelspolitischer Petitionen bietet deshalb keinen Weg, auf dem die kontroversen Positionen in der Revolutionsforschung über die Bedeutung von »Klassenkonflikten« für den Verlauf der Revolution geklärt werden können. Dies bedeutet, daß die von Best angenommene Aussagefähigkeit der ermittelten sozialen Interaktionsmuster erheblich eingeschränkt werden muß.

Ein nur vordergründig technisches Problem des Erhebungsverfahrens besteht darin, daß Best nicht feststellt, wie viele Angestellte, Arbeiter und Fabrikanten usw. jeweils eine Petition unterschrieben haben, sondern nur, ob ein »Repräsentant« der jeweiligen Gruppe unterzeichnet hat oder nicht. Best rechtfertigt dieses dichotomische Auszählungsverfahren mit der Annahme, daß die Unterschriften Kollektiventscheidungen der betreffenden Sozialgruppe repräsentieren. Ob dies so ist, könnten nur lokale Fallstudien klären, die der Autor jedoch nicht als Kontrolluntersuchung vorgenommen hat. Nur so kann auch geprüft werden, was es bedeutet, daß Arbeiter, Angestellte und Industrielle »meistens auf Betriebsebene mobilisiert« (S. 147) wurden! Gerade für die Unterzeichner aus der Arbeiterschaft scheint es mir überaus problematisch zu sein, ohne genaue Untersuchung eine Arbeiter-Gruppenidentität zu unterstellen, denn schließlich kreist die Diskussion über die Haltung der Arbeiter in der Revolution um das Problem, wie weit der Konstituierungsprozeß der Arbeiterklasse 1848/49 vorangeschritten war. Best setzt sich hier mit seiner Arbeitshypothese über eine intensive Forschungsdiskussion hinweg. Dies bedeutet aber, daß nicht die Ergebnisse einer gewiß kompetent durchgeführten Quantifizierung eine kontroverse Diskussion klären, sondern die »Entscheidung« fiel durch die Arbeitshypothese des Autors. Der Computer konnte hier nur noch bestätigen, was Best annahm.

Für einen Laien in mathematischen Quantifizierungstechniken ist es natürlich schwer, mit einem QUANTUM-Experten über die Problematik zeittypischer gesellschaftlicher Annahmen zu diskutieren, die in statistische Berechnungsmethoden eingehen können. Es sei aber dennoch ein kritischer Hinweis zu den eindrucksvollen klaren Interaktionsmuster-Graphiken gewagt, die zeigen, welche Sozialgruppen eng und weniger eng kooperierten. Best erläutert: Die Konfigurationsfrequenzanalyse »mißt die Häufigkeit des Vorkommens bestimmter Konfigurationen — im vorliegenden Fall zum Beispiel der gemeinsamen Unterzeichnung schutzzöllnerischer Petitionen durch Arbeiter, Industrielle und Angestellte — und stellt diesen Wert der wahrscheinlichen Vorkommenshäufigkeit der jeweiligen Konfiguration gegenüber (Erwartungswert)« (S. 187). Doch was heißt hier »Erwartungswert«? Bests Erklärung lautet: Die »Konfiguration Industrielle, Arbeiter, Angestellte [wird] der Wahrscheinlichkeit nach einmal erwartet, während sich tatsächlich 22 (schutzzöllnerische) Petitionen fanden, in denen diese Gruppen gemeinsam unterzeichneten; eine Diskrepanz zwischen Erwartungswert (1) und beobachtetem Wert (22), der eine interpretationsbedürftige Regelmäßigkeit zugrunde liegt« (ebda.). Einen solchen Erwartungswert 1 kann man unterstellen, wenn man feststellen will, ob z. B. Frauen im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung in politischen Parteien über- oder unterrepräsentiert sind. Dann wird von der stillschweigenden gesellschaftlichen Übereinkunft ausgegangen, daß eine dem weiblichen Bevölkerungsanteil entsprechende Mitgliederquote von Frauen in Parteien als »normal« oder »gerecht« anzusehen ist und Abweichungen aussagekräftig für gesellschaftliche Einstellungen und Ausgrenzungsmechanismen sind. Daß eine solche »Erwartung« jedoch auf die handelspolitischen Probleme von 1848/49 übertragen werden kann, daß es also als »normale Erwartung«

anzusehen ist, daß sich Arbeiter, Angestellte und Industrielle gleichgewichtig an schutzzöllnerischen oder freihändlerischen Petitionen beteiligten, vermag ich nicht einzusehen. Hier müßten sorgfältige Erörterungen einsetzen, ob eine solche Erwartung dem Erwartungshorizont der Zeitgenossen der Revolution gerecht wird. Solche Erörterungen stellt Best jedoch nicht an. Es ist deshalb nicht zu erkennen, ob die Interaktionsmuster nur die Erwartungen des Autors oder interpretationsfähige Verhaltensmuster der untersuchten Sozialgruppen wiedergeben. Wie wenig dieses Verfahren geeignet ist, 1848/49 soziale Nähe oder Distanz von Sozialgruppen an deren handelspolitischen Entscheidungen zu messen, geht auch aus der Feststellung Bests hervor, daß sich auf der (weit überwiegenden) schutzzöllnerischen Seite die soziale Distanz der untersuchten Gruppen im Laufe der Zeit verringerte. Die Revolutionsforschung hat nämlich gezeigt — dies ist unumstritten —, daß die Polarisierung zwischen politischen und sozialen Gruppierungen im Laufe der Revolution zunahm, mit Höhepunkten im Herbst 1848 und schließlich in der Reichsverfassungskampagne von 1849.¹¹⁹ Wenn die Interaktionsmuster der schutzzöllnerischen Petitionen einen anderen Verlauf nahmen, so belegt dies einmal mehr, daß die handelspolitischen Fragen nicht zu den kontroversen Kernzonen der Revolution gehörten. Kennzeichnend ist auch, daß auf Schlesien nur eine geringe Quote der Petitionen entfiel: Dort war der Mobilisierungs- und Organisationsgrad der Landbevölkerung besonders hoch! Die Analyse der handelspolitischen Petitionen läßt also über den Politisierungsgrad der Bevölkerung nur eingeschränkte Aussagen zu, und das gleiche gilt für die Frage nach der Bedeutung von »Klassenlinien« und nach den zentralen Konfliktfeldern in der Revolution.

Best selbst, dies muß mit Nachdruck vermerkt werden, schränkt seine überzogenen Erwartungen an die Aussagekraft der Analyse handelspolitischer Petitionen, die etwa 13—15 Prozent aller Petitionen ausmachten, im Schlußkapitel seiner Arbeit in angemessener Weise ein. Wichtig sind seine Feststellungen — trotz aller Einschränkungen — auch für die Erforschung der Integrationskraft wirtschaftsnationalistischer Parolen und der bürgerlichen Bindendifferenzierungen. Er trägt nämlich viele Indizien dafür zusammen, daß im industriellen Bürgertum, das die Schutzzollbewegung organisierte, die Ängste vor den sozialrevolutionären Gefahren aus den unterbürgerlichen Schichten weit geringer ausgeprägt waren als in anderen Teilen des Bürgertums. Das Zollvereinsblatt wertete die »Furcht vor dem 4. Stand« als ein »Phantasieprodukt überängstlicher Naturen« (S. 207).^{119a} »Das« Bürgertum, so belegt Best, gab es im politischen Entscheidungsraum der Revolutionsjahre nicht. Hinter diese Erkenntnis sollte die Forschung nicht zurückfallen.

VII.

Die Verlaufsmuster auf den bisher vorgestellten Handlungsebenen lassen sich als organisierte oder institutionalisierte Revolution charakterisieren. Es gab jedoch auch eine eher diffuse, bislang nur in wenigen Teilbereichen untersuchte Handlungsebene, die mit der stärker formalisierten und institutionalisierten Ebene zwar verbunden war, aber andere Aktions- und Kommunikationsformen entwickelte und auch in ihren Zielsetzungen nur bedingt den »nationalen« Forderungskatalogen entsprach. Dieser in den »meinungsbildenden« zusammenfassenden Revolutionsstudien nur unzureichend oder gar nicht beachtete Revolutionsstrang läßt sich in den Städten ebenso nachweisen wie auf dem Land.

Vergleichsweise dicht, wenngleich immer noch lückenhaft sind die Agrarrevolten untersucht. Über den Forschungsstand, den man sich bislang nur aus immer noch grundlegenden älteren

119 Vgl. dazu *Christoph Kleßmann*, Zur Sozialgeschichte der Reichsverfassungskampagne von 1849, in: HZ 218, 1974, S. 283 ff.; *Bernhard Mann*, Die Württemberger und die deutsche Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1975, S. 293 ff.

119a Hinweise zum nobilitierten Wirtschaftsbürgertum bei *Franz Prutz*, Die österreichische Wirtschaftsaristokratie von 1815—1859, Phil. Diss. Wien 1975 (MS), S. 310 ff.

Arbeiten und aus den verstreuten neueren Spezialstudien erarbeiten mußte, informiert jetzt mit weiterführenden Thesen *Christof Dipper*.¹²⁰ Er hebt die »traditionelle Ausrichtung des bäuerlichen Horizonts auf die Dorfgemeinschaft« (S. 164) hervor. Es war jedoch kein einheitlicher Dorfhorizont. »In der Forderung nach einer Aufteilung der Domänen, nach Rückgabe aller Ablösungsgelder manifestierte sich ein letztes Mal in Deutschland die Existenz jener altertümlichen moral economy, der es nicht um Produktionszuwachs, sondern um die Sicherung eines stabilen, überschaubaren, harmonischen und daher »gerechten« Existenzminimums ging« (S. 162). Auch aus dem Verlangen, mit den landesherrlichen Bauern gleichgestellt, d. h. von den feudalen Überresten befreit zu werden, sprach keine fortschrittsorientierte Wirtschaftsgesinnung, sondern »die nicht minder altertümliche Zielsetzung eines vom feudalen pouvoir intermédiaire freien Bauernstaats unter königlicher Oberhoheit bei weitestgehender Gemeindeautonomie« (S. 163). Die klein- und unterbäuerlichen Schichten teilten diese von Dipper als »reaktionäre Utopie« (ebda.) bezeichneten Vorstellungen nicht. Sie setzten weiterhin auf die Schutzfunktionen des Systems gegenseitiger Verpflichtungen, das im Zuge der »Bauernbefreiung« aufgelöst wurde. Diese Spaltung der Landbevölkerung, die Fronten zwischen den besitzenden Bauern und den kleinbäuerlichen bzw. landlosen Sozialgruppen sind noch unzureichend erhellt.

Ein Grundzug der gesamten ländlichen Revolutionsbewegung lag in ihrer lokalen Begrenzung — »alle Kollektivität endete an den Gemeindegrenzen«¹²¹ — und in der fehlenden organisatorischen Verfestigung. Beides wurde allenfalls punktuell überwunden. Dies war ein wichtiger Grund dafür, daß die ländlichen Aktionsformen und Zielsetzungen, die zwar nach rückwärts blickten, in ihren materiellen Forderungen aber sozialrevolutionären Sprengstoff enthielten, nur unzureichend mit den bürgerlich-städtischen Revolutionsbewegungen verknüpft werden konnten. Den Bürger erschreckte nicht nur die soziale und ökonomische Radikalität der bäuerlichen Forderungen nach Aufhebung feudaler Rechtstitel, die die Repräsentanten des Bürgertums zumindest teilweise in die »Heiligkeit des Eigentums« einschlossen, ihn verstörten auch der gewaltförmige Ablauf der Agrarrevolten und die Drohgesten der Bauern, in denen nicht nur standesherrliche Beamte die Vorboten eines »demokratisch kommunistischen Systems« sahen.¹²² Während das Bürgertum den bäuerlichen Revolutionären für das »alte Recht«, das 1848/49 eine nicht zu unterschätzende sozialrevolutionäre Dimension enthielt, mit tiefem Mißtrauen gegenüberstand, mißdeuteten die revoltierenden Bauern die Ziele der städtischen Revolutionsbewegungen in ihrem Sinn. *Rainer Wirtz*¹²³ hat das für Baden unter dem zeitgenössischen Begriff der »Begriffsverwirrung« erfaßt. Der Ruf nach »Republik« ging mit Treuebekennnissen zum Landesherrn zusammen, denn »Republik« war für die Odenwälder Bauern eine Chiffre für ihre materiellen Forderungen, nicht jedoch Ausdruck eines politischen Reformwillens auf einzelstaatlicher oder nationaler Ebene. In der Umsetzung von Begriffen wie »Freiheit«, »Republik«, »Gleichheit«, »Amerika« in die

120 *Christof Dipper*, Die Bauernbefreiung in Deutschland 1790—1850, Stuttgart u.a. 1980, S. 154 ff.; eine neue Gesamtinterpretation der Agrarbewegungen 1848/49 wird auch *Rainer Koch* geben, in: Die deutsche Revolution (Anm. 13).

121 *Hainer Plaul*, Landarbeiterleben im 19. Jahrhundert, Berlin [DDR] 1979, S. 316.

122 Zitiert nach *Erwein H. Eltz*, Die Modernisierung einer Standesherrschaft. Karl Egon III. und das Haus Fürstenberg in den Jahren nach 1848/49, Sigmaringen 1980, S. 61 (mit informativem Revolutionskapitel).

123 *Rainer Wirtz*, Die Begriffsverwirrung der Bauern im Odenwald 1848. Odenwälder »Excesse« und die Sinsheimer »republikanische Schilderhebung«, in: Wahrnehmungsformen und Protestverhalten, hrsg. von *Detlev Puls*, Frankfurt/M. 1979, S. 81 ff. Es handelt sich um das überarbeitete letzte Kapitel von *Rainer Wirtz*, »Widersetzlichkeiten, Excesse, Crawalle, Tumulte und Skandale«. Soziale Bewegung und gewalthafter sozialer Protest in Baden 1815 bis 1848, Phil. Diss. Konstanz 1979, die mir der Autor schon vor der Veröffentlichung zur Lektüre zur Verfügung stellte.

ländliche lokale Lebenswelt äußerte sich das »Zusammentreffen einer sich lokal ausdifferenzierenden ›plebeian culture‹ mit einer sich entwickelnden bürgerlichen politischen Kultur«. ¹²⁴

Man sollte jedoch nicht übersehen, daß die mitteleuropäischen Revolutionen auch eine Verklammerung von bäuerlich-lokaler und nationaler Handlungsebene kannten. Denn im österreichischen Reichstag saßen 97 Bauernabgeordneten, die dort die materiellen Interessen ihrer bäuerlichen Wähler vertraten. *Roman Rosdolsky* hat dies und die ländlichen Revolutionsbewegungen im Habsburger Kaiserreich eindringlich dargestellt. ¹²⁵ Er trägt eine Reihe von Belegen zusammen, die einen gegen Adel und Regierung gerichteten »Bauernkrieg« als möglich erscheinen lassen, wenn die demokratische Linke dies gewollt hätte. Zu bedenken ist jedoch, daß auch die österreichischen Bauern sich den »Staat als lose Föderation unabhängiger Bauerngemeinden« (S. 207) vorstellten und die Linken sich durch einen tiefen politischen, sozialen und kulturellen Abgrund von den bäuerlichen Forderungen und Verhaltensformen getrennt sahen.

Mit dem Gedanken an die Entfesselung eines »Bauernkrieges« spielten nicht die Demokraten, sondern — so zeigt *Alan Sked* ^{125a} — Teile der österreichischen Staatsführung. In einem Kapitel mit der verblüffenden Überschrift »Radetzky als Kommunist« (S. 164 ff.) belegt Sked mit z. T. neuerschlossenen archivalischen Quellen, daß Radetzky wie auch andere hohe Militärs und Regierungsbeamte von der Möglichkeit überzeugt waren, notfalls in Italien mit bäuerlicher Hilfe einen »Klassenkrieg« gegen renitente Adelige und Bürgerliche führen zu können. Radetzky's »galizische Politik«, die der britische Botschafter als »reinste Doktrin des Kommunismus und Sozialismus« (S. 193) begriff, blieb jedoch letztlich ebenso erfolglos wie die wenigen Versuche von Demokraten, die Landbevölkerung zu mobilisieren.

Weit schlechter als die Agrarbewegungen sind die »proletaroiden« oder »plebejischen« Revolten in den Städten untersucht. ¹²⁶ *W. Kaschuba* und *C. Lipp* veröffentlichten für Heilbronn

124 *Wirtz*, Begriffsverwirrung, S. 101. Nur am Rande sei darauf hingewiesen, daß die bäuerliche »Jagdleidenschaft«, mit der die überall erhobene Forderung nach Aufhebung der Jagdprivilegien begleitet wurde, zu einem »regelrechten Vernichtungsfeldzug gegen das Wild« führte, der die Wildbestände drastisch verringerte, dem Waldbestand aber nutzte. Die Bauern und die Waldbesitzer gehörten zu den Gewinnern der Revolution, Zitat aus: *Karl Hasel*, Forstverwaltung und Jagd in der Revolution von 1848 und 1849, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins*, NF. 86, 1977, S. 313.

125 *Roman Rosdolsky*, Die Bauernabgeordneten im konstituierenden österreichischen Reichstag 1848—1849. Mit einer Einleitung von *Eduard März* (= Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Materialien zur Arbeiterbewegung, Nr. 5), Europaverlag, Wien 1976, XIV, 234 S., kart., öSh 128.

125a Siehe Anm. 115.

126 Vgl. zum folgenden *Wolfgang Kaschuba/Carola Lipp*, 1848 — Provinz und Revolution. Kultureller Wandel und soziale Bewegung im Königreich Württemberg (= Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen, Bd. 49), Verlag Tübinger Vereinigung für Volkskunde e. V., Tübingen 1979, 267 S. Teilbereiche aus der leider unveröffentlichten Studie von *Martin Scharfe*, Proletaroiden Revolten in den Jahren 1848 und 1849 in Württemberg (1974), die der Autor mir zugänglich machte, sind publiziert: *ders.*, ... Die Erwartung, daß »Nun Alles Frei Sey« ... Politisch-rechtliche Vorstellungen und Erwartungen von Angehörigen der unteren Volksklassen Württembergs in den Jahren 1848 und 1849, in: *Das Recht der kleinen Leute. Beiträge zur rechtlichen Volkskunde. Festschrift für Karl-Sigismund Kramer*, hrsg. von *Konrad Köstlin* und *Kai-Delev Sievers*, Berlin 1976, S. 179 ff.; *Scharfe* unter Mitarbeit von *W. Kaschuba* und *C. Lipp*, Revolution als Kommunikationsprozeß: 1848/49, in: *Direkte Kommunikation und Massenkommunikation. Referate und Diskussionsprotokolle des 20. Deutschen Volkskunde-Kongresses*, hrsg. von *Hermann Bausinger* und *Elfriede Moser-Rath*, Tübingen 1976, S. 55 ff.; *Wirtz* (Anm. 11). Vor allem Lokalstudien enthalten vielfach Hin-

und Eßlingen eine Vorstudie, die nach einem längeren Überblick zum Vormärz — hier werden die vielen Lücken im lokalen Quellenmaterial mit allgemeinen Thesen »geschlossen« — die Bedeutung und den Formwandel traditioneller Kommunikationsformen im städtischen Milieu der Revolutionsjahre darlegen. Sie rekonstruieren ansatzweise (eine Folgestudie ist geplant) eine »unterbürgerliche Gegenöffentlichkeit« (S. 189), die sich in Volksaufläufen, Katzenmusiken, »Aufruhr« und »Excessen« äußerte. Diese in der lokalen Lebenswelt verankerten, z. T. an traditionelle Rügebräuche anknüpfenden Verhaltensformen machten in den städtischen und dörflichen Unterschichten »Gemeinsamkeiten sinnlich erfahrbar« — »ein Grundzug aller proletaroiden Revolten jener Zeit«, ¹²⁷ die 1848/49 einen Politisierungsprozeß durchliefen, der von Fall zu Fall unterschiedlich intensiv und dauerhaft sein konnte. Anlaß dazu konnten zufällige Zwischenfälle sein. Als z. B. im Juni 1848 in Cannstatt die öffentliche Hinrichtung von zwei Raubmördern verschoben wurde, kam es unter den Schaulustigen zu einem Tumult — das Schafott wurde zertrümmert —, aus dem eine politische Demonstration erwuchs: »Es lebe Hecker, es lebe die Republik! es lebe die Freiheit!« ¹²⁸ *Martin Scharfe* belegt mit einer Fülle von Beispielen, wie das Revolutionserlebnis in die Lebenswelt der »kleinen Leute« umgesetzt wurde. »Fast jedes Bauernweib«, so meldete ein amtlicher Bericht im Juni 1848, »spricht von der Nationalversammlung in Frankfurt und von dem von dort zu erwartenden Gelde«. ¹²⁹ Die Sehnsüchte nach der »verkehrten Welt« brachen in der Revolution auf, und gestillt werden sollten diese Sehnsüchte von den »Reichen« und von der Welt »draußen« vor dem Dorf. So beauftragte etwa eine Frau aus Frittlingen ihren Mann, der sich einem abenteuerlichen Zug nach Stuttgart anschloß, der aber in Balingen versandete: »Wenn d' noch Schtuegert kunscht, nimscht au a Haus mit ema Gärtli dabei!« Eine Wäscherin deutete die Zeichen der Zeit ähnlich konkret, als sie ihrer Herrschaft, einer Kaufmannsfrau, zurief: »So, jetzt wird es sich wenden! Jetzt werdet ihr Frauen waschen und putzen müssen, und wir werden in euer Haus einziehen!« ¹³⁰ Welche Bedeutung solche Verhaltensformen für die Mobilisierung unterbürgerlicher Schichten besaßen und wie sie politisiert werden konnten, ist noch ganz unzureichend erhellt. Für Wien hat *W. Häusler* (s. Abschnitt IV) die schrittweise Ablösung vor-politischer Proteste durch politische Organisation belegt, wenngleich auch in Wien die »Katzenmusik« ein vielgenutztes Mittel blieb, politisch und sozial motivierte »Rügen« zu erteilen. ¹³¹ Die auch in Berlin im Mai 1848 — später anscheinend nicht mehr — dargebrachten Katzenmusiken wurden keineswegs wahllos eingesetzt, ¹³² sondern gezielt gegen politisch Mißliebige, gegen als Wucherer verschriene Bürger oder etwa gegen Bäcker, die zu kleines oder minderwertiges Brot buken. Ein erst kürzlich veröffentlichter Augenzeugenbericht aus Breslau, der eine lebendige »Innenansicht« der Revolution aus bürgerlichem Blickwinkel bietet, schildert das ausführlich. ¹³³ Er belegt auch, daß viele solcher Strafaktionen in politische Demonstrationen

weise und Berichte über Unterschichtenproteste in der Revolution, ohne diese Proteste aber angemessen auszuwerten.

127 *Scharfe*, Revolution, S. 61.

128 Zitiert nach *Scharfe*, Revolten, S. 18.

129 *Ebda.*, Anm. 5.

130 *Scharfe*, Erwartung, S. 188.

131 Viele Beispiele bei *Steiner* (Anm. 103); auch bei *Flanner* (ebda.).

132 So *Berliner Straßenecken-Literatur* (Anm. 98), S. 263 f.; Berichte in: *Wolff*, Revolutions-Chronik, Bd. III (Anm. 96), S. 41 ff.

133 *Denkwürdige Jahre 1848—1851*. Karl-Friedrich Hempel, Die Breslauer Revolution, bearb. von Norbert Conrads. Adolph Kohn, Politische Tagebücher 1848—1851, bearb. von Günter Richter (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 13), Böhlau-Verlag, Köln/Wien 1978, VIII, 346 S. und Abbildungen, Ln., 56 DM. Das Tagebuch Kohns läßt erkennen, wie ein aufmerksamer Zeitgenosse die Zeitungsberichte aus den Zentren der europäischen Revolution zu einem Revolutionsbild verarbeitet.

übergangen, wenn weitertreibende Zwischenfälle hinzukamen, und daß diese Artikulationsformen zunehmend organisiert wurden, indem man sie z. B. auf Plakaten ankündigte. Der Breslauer Bericht enthält auch eine eindrucksvolle Schilderung zum Komplex »Revolution als Fest«: Im August 1848, als die Truppen auf den Reichsverweser vereidigt werden sollten, kamen etwa 50 000 Menschen zusammen, die Glocken läuteten, alle politischen Vereine, die Bürgerwehr, Gesellenformationen zogen an der Tribüne vorbei, es wurden Reden gehalten und patriotische Lieder gesungen. Zum Schluß zog eine Polonaise »in Schlangenwindungen durch Wald und Flur«. »Caroussel, Seiltänzer, Cosmoramen, Jongleure etc. hatten überdies das Publikum zu unterhalten gewußt« (S. 57).

Der Berichterstatter wunderte sich, daß alles ungestört ablief, obwohl »Menschen aller Klassen« (ebda.) teilnahmen. Das liberale, aber auch das demokratische Bürgertum, das sich in Vereinen, Parlamenten, in der Presse repräsentiert wußte, stand den traditionellen »plebejischen« Kommunikationsmustern in der Regel ablehnend gegenüber. Sie galten als unzeitgemäß, als bedrohlich, sollten durch neue zeitgemäßere Artikulationsformen ersetzt werden. Das Geflecht einer traditionellen Lebenswelt löste sich auf, aber es bewies Zähigkeit.¹³⁴

VIII.

Abschließend ist noch auf einige für den akademischen und den schulischen Unterricht nützliche Quellensammlungen hinzuweisen.¹³⁵ Der von *Franz X. Vollmer* herausgegebene Band bietet für Schulzwecke eine hilfreiche Sammlung von Auszügen aus Quellen und fachwissenschaftlichen Texten zum Vormärz und zur Revolution in Baden, aufbereitet mit problemorientierten Fragen. Durch Gegenüberstellung von konträren Sichtweisen bleibt der Interpretationsspielraum des Lesers gewahrt. *Hartwig Brandts* Sammlung »Restauration und Frühliberalismus 1814—1840« ist für einen anderen Leserkreis gedacht, der hier das z. Z. beste Quellenwerk zum politischen Denken im Vormärz geboten erhält. Brandt hat die behutsam gekürzten Texte nach zeitlichen und thematischen Schwerpunkten geordnet und eine außerordentlich informative Einleitung geschrieben, die den Forschungsstand zuverlässig einführt und mit geglückten pointierten Formulierungen glänzt. Ein Gegenstück zu Österreich legt *Madeleine Rietra* vor. Gegenstück bedeutet konkret: Die Opposition, die zu Wort kommt, ist auf österreichische Verhältnisse herabgestimmt, dem »Metternichschen System« angemessen, das ein Zeitgenosse definierte als »ungeschmälerte Aufrechterhaltung der Souveränitäts-

134 Einen interessanten Beleg bietet *Wolfgang Häusler*, Von der Manufaktur zum Maschinensturm. Industrielle Dynamik und sozialer Wandel im Raum von Wien, in: *Wien im Vormärz* (Anm. 61), S. 32 ff.: Das Gericht zeigte viel Verständnis für angeklagte Maschinenstürmer. Dieser Bereich ist bislang nur aus verstreuten Hinweisen in der Revolutionsliteratur zu erschließen; vgl. etwa *Rupieper*, Sozialstruktur der Trägerschichten (Anm. 42), S. 80 ff.

135 *Franz X. Vollmer*, Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden. Strukturen, Dokumente, Fragestellungen (= Modelle zur Landesgeschichte), Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt/Berlin/München 1979, XII, 195 S., Linson, 12,80 DM; *Hartwig Brandt* (Hrsg.), Restauration und Frühliberalismus 1814—1840 (= Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. III), Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1979, XII, 508 S., Ln., 92 DM (für Mitglieder 57 DM); *Hans Fenske* (Hrsg.), Vormärz und Revolution 1840—1849 (= ebda., Bd. IV), ebda. 1976, XV, 449 S., Ln., 89 DM (für Mitglieder 51 DM); *Madeleine Rietra* (Hrsg.), Jung Österreich. Dokumente und Materialien zur liberalen österreichischen Opposition 1835—1848 (= Amsterdamer Publikationen zur Sprache und Literatur, Bd. 43), Editions Rodopi, Amsterdam 1980, VIII, 645 S., kart., 161 DM; *Lutz Kroneberg/Rolf Schloesser*, Weber-Revolution 1844. Der schlesische Weberaufstand im Spiegel der zeitgenössischen Publizistik und Literatur. Mit einem Geleitwort von *Bernt Engelmann*, Informationspresse — C. W. Leske Verlag, Köln 1979, 618 S., kart., 42 DM; *Walter Grab* (Hrsg.), Die Revolution von 1848. Eine Dokumentation. 131 Dokumente und eine Zeittafel, Nymphenburger Verlagshandlung, München 1980, 354 S., Ln., 29,80 DM.

rechte und Verneinung eines jeden Anspruches der Völker auf Theilnahme an jenen Rechten« (Rietra, S. 4). In der Bestimmung des Begriffs »Jung Österreich« folgt sie den grundlegenden Arbeiten von Eduard Winter, denen auch die Einleitung der Herausgeberin viel verdankt. Der Band enthält eine umfangreiche Bibliographie und biographische Angaben zu den ausgewählten Autoren.

Die zeitlich an Brandts Edition anschließende Quellensammlung von *Hans Fenske* »Vormärz und Revolution 1840—1849« leidet darunter, daß ein zu großer Zeitraum, in dem das politische Leben in Fluß geriet, auf zu knappem Raum präsentiert werden muß. Die Einleitung ist so gedrängt, daß vieles nur angedeutet werden kann. Die Information, die Arbeiterbewegung habe 1848 »noch keine Rolle gespielt« (S. 19), entspricht nicht dem Forschungsstand. Wer den von Fenske behandelten Zeitraum einigermaßen hinreichend durch Quellenlektüre erschließen will, muß andere Quellensammlungen hinzunehmen. Für die von Fenske nicht erwähnte Weber-Revolution von 1844 bietet sich jetzt die von *Lutz Kroneberg* und *Rolf Schloesser* besorgte Quellenauswahl über die Wirkungsgeschichte der Weber-Revolution an, ergänzt durch Skizzen der Herausgeber und Hans Adlers zur Rezeption in der Presse von 1844 und in der Literatur. Belegt werden auch die soziale Lage der Weber und der Verlauf der Revolution in der Sicht von Zeitgenossen.

Die Konzeption von Fenses Quellensammlung hat *Walter Grab* einer scharfen Kritik unterzogen. Der Verlag, so meint er, hätte besser daran getan, die vergriffene Dokumentation »Einheit und Freiheit« (Berlin [DDR] 1950) von Karl Obermann nachzudrucken.¹³⁶ Grab selbst hat diesen Vorschlag zwar nicht ausgeführt, aber doch beherzigt: Gut zwei Drittel der von ihm zusammengestellten Dokumente entstammen dem empfohlenen Band sowie aus der bekannten Flugblattsammlung von Karl Obermann¹³⁷ und aus der verfassungsgeschichtlichen Dokumentation von E. R. Huber¹³⁸. Grabs Auswahl bietet einen Überblick über alle politischen Richtungen, so daß sie als Quellengrundlage in Seminaren nützlich ist. Für die Einleitung läßt sich das jedoch nicht sagen. Von der Problemfülle, die — wie dieser Bericht über die neueste Forschung zeigen sollte — den Revolutionsverlauf belastet hat, ist in Grabs Einleitung wenig zu finden. Als Historiker, der sich dem »stets neu zu erkämpfenden Vermächtnis der geschlagenen, aber unbesiegbaren Revolutionäre« (S. 26) verpflichtet fühlt, weiß er klar zwischen Guten und Bösen zu unterscheiden. Seine Urteile über 1848/49, mit denen er sich in die eingangs skizzierten Reihen der Traditionsbildner einfügt, zeugen von demokratischem Engagement, repräsentieren jedoch nicht den Stand der Forschung, die kein Schwarz-Weiß-Gemälde mit verbindlicher Empfehlung an die »Erben« zu bieten hat. Wer an einem scharf umrissenen Revolutionsbild interessiert ist, das die Traditionspflege erleichtert, wird von der neueren Revolutionsforschung enttäuscht.

IX.

Überblickt man nämlich die vorgestellten Untersuchungsfelder der neueren Forschung, so wird deutlich, daß es einen einheitlichen Revolutionsverlauf nicht gab. Die Revolution von 1848/49 wurde vielmehr bestimmt von höchst unterschiedlichen politisch-gesellschaftlichen Bewegungen — unterschiedlich nach ihrer Zielsetzung, nach ihren geographischen und sozialen Einzugsfeldern, nach ihrem Artikulationsvermögen und nach ihren Kommunikationsformen. Es gab gemeinsame Bezugspunkte, aber es gab auch viel Trennendes. Es existierten verschiedenartige Lebenswelten, die z. T. konträre Zielperspektiven eröffneten. Neben rückwärtsblickenden Traditionalisten standen »Modernisierer«, ohne daß man diese jedoch eindeutig einzelnen Gruppierungen zuordnen könnte. Die »Ungleichzeitigkeit« des nebeneinan-

¹³⁶ IWK 12, 1976, S. 532 ff.

¹³⁷ Siehe Anm. 100.

¹³⁸ Siehe Anm. 88.

der Bestehenden war vielmehr in den politisch-sozialen Strömungen und Organisationen selbst enthalten, wenn auch unterschiedlich gewichtet. Bedenkt man diese verwirrende Vielfalt, so erhält man ein verwirrend differenziertes Revolutionsbild, in dem die »Erbschaftsverwalter« aller Richtungen das Passende finden können. Und für diejenigen, die auf der Suche nach Schuldigen für das Scheitern der Revolution sind, wird es noch schwieriger.
